Nr. 9 ★ 16. Jahrgang

Stuttgart, 29. Februar 190

Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes

Erscheint wöchentlich am Samstag. Abonnementspreis Mk. 1.50 pro Vierteljahr. Zu beziehen durch alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: E. Fr. Deinhardt, Stuttgart. Für die Expedition und den Anzeigenteil: Ed. Steinbrenner, Stuttgart. Redaktion und Expedition: Stuttgart, Adler-Straße 43.

Inserate für die viergespalt. Petitzeile oder deren Raum 60 Pfg. Vergnügungsanzeigen und Arbeitervermittlungen 30 Pfg. Versammlungsanzeigen 15 Pfg.

Schutz gegen Milzbrandgefahr.

Für die Arbeiter der Bürsten- und Pinselindustrie sowie der Gerbereien ist auch heute noch die Gefahr einer Milzbrandinfektion recht groß, obwohl in den letzten Jahren es sich die Gesetzgebung immer mehr hat angelegen sein lassen, Schutzmaßregeln dagegen zu treffen. Auch jetzt noch ist die Zahl der Erkrankungen infolge Milzbrandinfektion recht groß; allerdings muß anerkannt werden, daß nach den Berichten der Fabrikinspektoren die Verhältnisse in Deutschland sich schon weit günstiger anlassen als in den übrigen Kulturstaaten. Wir beziehen uns dabei auf die „Internationale Übersicht über Gewerbehygiene", die kürzlich von Dr. E. Neißer-Berlin herausgegeben worden ist.* Über die dort mitgeteilten Fälle von Milzbrandvergiftung in Deutschland im Jahre 1905 haben wir bereits bei Besprechung der Fabrikinspektionsberichte für das Jahr 1905 kurz berichtet, wir können uns deshalb ein Eingehen auf diese Fälle ersparen, dagegen seien einige Daten aus den ausländischen Fabrikinspektionsberichten über solche Erkrankungen zu Nutz und Frommen unserer Bürsten- und Pinselmacherkollegen hier mitgeteilt.

In Österreich ereigneten sich im Jahre 1905 13 Erkrankungen infolge Milzbrandinfektion, davon verlief einer tödlich. Im Olmützer Bezirk wurden allein acht solcher Erkrankungen festgestellt, und zwar sämtlich bei der Bürstenerzeugung. Auch in Wien erkrankte ein Bürsten- und Pinselmacher unter verdächtigen, auf Milzbrand hinweisenden Symptomen. Um solche Infektionen künftig zu verhüten, wurde der Fabrikleitung jenes Betriebes, in dem die Erkrankung erfolgte, aufgegeben, eine vollkommene bauliche Trennung der Räume, in welchen mit nicht desinfizierten Materialien manipuliert wird, von den übrigen Fabrikabteilungen durchzuführen. Ferner wurde hier die Herstellung waschbarer Fußböden und Wände in den ersteren, die gründliche Desinfektion von Borsten und Haaren in geschlossenen Dampfapparaten, die Beistellung getrennter Garderoben und entsprechend eingerichteter Waschräume (warmes Wasser, zweiprozentige Karbollösung, Seife, Trockentücher) für die mit nicht desinfizierter Ware in Berührung kommenden Arbeiter zur Pflicht gemacht. Aus Triest wird geklagt, daß die Arbeiter ungeachtet aller Mahnung nach wie vor dabei bleiben, „alles für „unnützes Zeug" zu halten, was ihnen von irgendwelcher Seite zu ihrem Schutze empfohlen wird". Dagegen wird von Lemberg berichtet, daß nur in einer Borstenreinigungs- und Sortieranstalt ein Dampfdruckdesinfektor zum Desinfizieren der aus Rußland bezogenen Rohware aufgestellt und in Betrieb gesetzt worden ist. Alle übrigen Unternehmer, welche diese ausländische Rohware verarbeiten, sträuben sich hartnäckig, ihr Rohmaterial vor der weiteren Verarbeitung desselben einer verläßlichen Desinfektion zu unterziehen.

In der Schweiz wurden zwei Milzbrandinfektionen gemeldet. Die beständige Infektionsgefahr veranlaßte eine Fabrik, eine regelrechte Desinfektionsanstalt zu bauen.

Aus Frankreich werden mehrfach Erkrankungen infolge Milzbrand mitgeteilt, hauptsächlich wurden davon Gerbereiarbeiter betroffen. Irgendwelche gesetzliche Maßnahmen zum Schutze der Arbeiter gegen Milzbrandgefahr scheinen hier nicht getroffen zu sein. Der Beamte für den Bezirk Seine empfahl einem Unternehmer, in dessen Betrieb ein Todesfall durch Milzbrandinfektion vorgekommen war, lediglich ein Verfahren für die Desinfektion des Arbeitsmaterials und das Bestreichen der Wände und Decken mit einer desinfizierenden Teerlösung. Ebenso hat der Beamte des Bezirkes Chastres infolge von mehreren teilweise tödlich verlaufenen Milzbrandfällen dieses Übel durch ähnliche Maßnahmen zu beseitigen versucht. Für die Reinigung der Arbeitsräume war hier den Fabrikanten eine Frist von einem Monat gestellt, doch wird in Zukunft eine Verringerung dieser Frist gefordert werden. In allen derartigen Fällen wird auch die Desinfizierung sämtlicher Arbeitsgeräte, Maschinen und Instrumente von dem Beamten für erforderlich gehalten. Aus dem Bezirk Limoges wird gemeldet, daß die Unternehmer sich gegen die von den Aufsichtsbeamten getroffenen Schutzmaßnahmen vielfach sträuben. Die Gesundheitskommission hat einen Entwurf zu einem Gesetze betreffend Sicherheitsmaßregeln zur Verhütung von Milzbrandvergiftungen in Fabriken oder in sonstigen gewerblichen Anlagen ausgearbeitet, in welchen frische Rohstoffe verarbeitet werden, welche mit Milzbrandkeimen behaftet sein können. Dieser Entwurf unterlag der Prüfung des Beirats für Handwerk und Gewerbe.

In Belgien ereigneten sich mehrfach Milzbrandinfektionen in gewerblichen Betrieben. Drei Fälle von Milzbrand, davon einer mit tödlichem Verlauf, werden aus den Bürstenfabriken zu Iseghem gemeldet. Nachdem der Medizinalinspektor die verseuchten Werkstätten vollständig hatte desinfizieren lassen, wurde bis zum Jahresschluß keine neue Ansteckung gemeldet. Dennoch ist die Wiederkehr der schrecklichen Krankheit durch Einführung verdächtigen Rohmaterials immer zu fürchten. Der Medizinalinspektor hat versucht, die Arbeitgeber und Arbeiter der Bürstenfabrikation über die Mittel zur Vermeidung ihrer Berufsgefahren aufzuklären; aber da diese Bemühungen bis jetzt wenig genützt haben, wird man, wenn sich der Zustand im nächsten Jahre nicht merkbar gebessert hat, zur obligatorischen Desinfektion ausländischer Rohmaterialien übergehen müssen. Einzelne Unternehmer versuchen es jetzt schon, die Arbeiter gegen Infektionen zu schützen, doch sind die Erkrankungen noch recht häufig.

Besonders häufig sind die Erkrankungen an Milzbrand in den Gewerbebetrieben der Niederlande, doch kamen diese Erkrankungen ausnahmslos in Gerbereien vor.

Dagegen werden aus Großbritannien zahlreiche Milzbrandinfektionen gemeldet, die auch für unsere Kollegen von besonderem Interesse sind. Hier kamen nach dem Bericht des Medizinalinspektors 59 Milzbrandfälle in gewerblichen Betrieben vor, davon waren 18 tödlich. Aus Norwich wird der Tod einer Frau mitgeteilt, welche seit 9 Jahren als Heimarbeiterin damit beschäftigt war, chinesische Pferdeschwänze auszuziehen, die vor der Verschiffung teilweise bearbeitet und in Desinfektionsmitteln verpackt waren. Im Worcester-Distrikt wurde ein Fall von Milzbrand erst erkannt, als die Vergiftung schon in einem sehr vorgeschrittenen Stadium war. Man schritt erst zur Ausschneidung der Pustel, als bei dem Kranken der Puls schon sehr schwach war. Serum wurde ihm eingespritzt. Am folgenden Tage hatte er sich genügend erholt, um essen zu können. Das hierbei verwandte Serum, das erste je nach England eingeführte, war vor 20 Monaten von Professor Sclavo nach Worcester gesandt. Bemerkenswert ist eine Mitteilung des Inspektors, wonach in einer Schuhfabrik in Leeds am Leder noch Milzbrandkeime festgestellt wurden, trotzdem es den Prozeß des Gerbens durchgemacht hatte. Infolge der großen Gefahren bei der Wolle- und Haarbearbeitung sind sehr sorgfältige Verordnungen ausgearbeitet und vom Staatssekretär veröffentlicht worden. Diesen Verordnungen ist ein Merkblatt angefügt, welches über die Gefahren aufklärt und die Milzbrandansteckungen beschreibt. Nach dem Bericht des Medizinalinspektors sind seit 1899 bis einschließlich 1904 im ganzen in Großbritannien 261 Fälle von Milzbrand in gewerblichen Betrieben gemeldet, davon 67 mit tödlichem Ausgang. Bei der Bearbeitung von Roßhaar und Borsten ereigneten sich 70 Fälle, davon 17 mit Todesfolge. Von den 261 Fällen waren 6 innerer Milzbrand und verliefen alle tödlich. Bei 248 Fällen ist der Sitz der Milzbrandpustel festgestellt worden, und zwar befand sich die Pustel in 108 Fällen am Kopf oder im Gesicht, in 108 Fällen am Hals, in 31 Fällen an den oberen Gliedmaßen, in je 3 Fällen an den unteren Gliedmaßen und am Rumpf. Bei allen diesen Fällen ist die Ansteckung hauptsächlich durch Staub hervorgerufen worden. Seit Juli 1904 bis Januar 1905 wurde die Behandlung mit Serum, welches nach der Methode von Professor Sclavo in Siena zubereitet war, entweder allein oder in Verbindung mit Ausschneidung der Pustel bei 12 Fällen äußeren Milzbrandes versucht. Alle bis auf 3 wurden wiederhergestellt, und bei diesen letzteren wurde das Serum erst angewendet, als der Patient schon in einem schlafsuchtähnlichen Zustand war. Der Medizinalinspektor empfiehlt die mustergültige Einrichtung der Firma Gebrüder Pachetti in Mailand, doch wissen ja unsere Leser, daß das von dieser Firma gelieferte Rohmaterial keineswegs einwandfrei desinfiziert ist.

Wie aus dieser internationalen Übersicht über Gewerbehygiene hervorgeht, ist es mit dem Schutze der Arbeiter gegen Milzbrandgefahr in gewerblichen Betrieben noch allerwege schlecht bestellt. Am besten liegen die Verhältnisse wohl noch in Deutschland, wo die Regierung durch das jahrelange organisatorische Wirken der Bürsten- und Pinselmacher zum Erlaß einer Milzbrandverordnung veranlaßt worden ist, die auf Betreiben der Arbeiter schon mehrfach verbessert wurde. Doch lassen auch die Schutzbestimmungen der deutschen Milzbrandverordnung noch zu wünschen übrig, und es ist mit Hilfe derselben bisher nur gelungen, die Milzbrandgefahr einzuschränken, nicht sie zu beseitigen. Hier werden unsere Kollegen noch ihren ganzen Einfluß geltend machen müssen, damit in den Bürsten- und Pinselmachereien Verhältnisse geschaffen werden, die jede Gefahr einer Milzbrandinfektion ausschließen.

* Verlag Gutenberg. Berlin W 35. Lützowstraße 105.

Die Geschichte des preußischen Wahlunrechts.

p. h. Die sogenannten Wahlrechtsfreunde im liberalen Lager scheuen sich nicht, der Sozialdemokratie vorzuwerfen, daß sie sich zur Erringung des höchsten Rechtes des Volkes ungesetzlicher Mittel bediene. Ganz abgesehen davon, daß selbst in Preußen Straßendemonstrationen nicht verboten sind, muß doch einmal die Frage aufgeworfen werden, ob denn das Dreiklassenwahlsystem, gegen das sich dieser angeblich ungesetzliche Kampf richtet, überhaupt auf einer gesetzlichen Grundlage beruht. Diese Frage ist zu verneinen. Zu all den Schönheiten dieses „elendesten aller Wahlsysteme" kommt noch die hinzu, daß es unter brutaler Vergewaltigung der Volksvertretung von einem reaktionären Ministerium aufoktroyiert worden ist.

Das Wahlgesetz, das das Ministerium nach dem Zusammenbruch des alten absolutistischen Preußen am 2. April 1848 dem Vereinigten Landtage vorlegte und das bereits wenige Tage darauf, am 8. April verabschiedet wurde, war ähnlich dem heutigen Reichstagswahlrecht, ja in gewisser Beziehung war es sogar noch demokratischer, insofern als es das Wahlrecht bereits an das vollendete 24. Lebensjahr knüpfte; es war allgemein, gleich und geheim, nur daß die Abgeordneten nicht direkt, sondern indirekt durch Wahlmänner gewählt wurden. Aber kaum ein halbes Jahr erfreute sich das preußische Volk dieses verhältnismäßig weitgehenden Rechtes. Bereits am 6. Dezember oktroyierte die Regierung, nachdem vorher die konstituierende Nationalversammlung durch Militär auseinandergesprengt war, ein neues Wahlgesetz, das alle „unselbständigen" Preußen ihres Wahlrechts beraubte, und als auch die so gewählte Kammer Rückgrat genug zeigte, um die Fortdauer des Belagerungszustandes in Berlin für ungesetzlich zu erklären, da machte die Regierung ganze Arbeit, sie oktroyierte die Verordnung vom 30. Mai 1849, die zwar allen selbständigen über 24 Jahre alten Preußen das Wahlrecht beließ, aber dank der Einteilung in Klassen und dank der öffentlichen Stimmabgabe in Wirklichkeit das preußische Volk entrechtete und unter dem heuchlerischen Namen einer Volksvertretung eine Vertretung der besitzenden Klassen schuf.

Daß der auf Grund der Verordnung vom 30. Mai 1849 gewählte Landtag nachträglich den Gewaltstreich der Regierung guthieß, ändert nichts an der Ungesetzlichkeit des Dreiklassenwahlsystems. Diese Ungesetzlichkeit war es auch, die die damalige Demokratie zu dem Beschluß verleitete, strikte Wahlenthaltung zu üben, ein Beschluß, der sich — so anerkennenswert auch die Motive sind, denen er entsprang — doch als verfehlt erwies, da er nur zur Stärkung der Reaktion in Preußen beitrug. Das Jahrzehnt, in welchem dieser 1860 wieder aufgehobene Beschluß in Kraft war, bedeutet die Zeit der schlimmsten Reaktion, die Zeit, in der die „Landratskammer" nach Belieben schaltete und waltete, und in der Gesetze wie zum Beispiel die Städteordnung vom Jahre 1853 zustande kamen, Gesetze, die bis in die neueste Zeit hinein schwer auf dem Volke lasten.

In den zwei Menschenaltern, die seitdem verflossen sind, hat die preußische Regierung nichts getan, um das Attentat vom Jahre 1849 wieder gut zu machen. Im Gegenteil, ihre „Reformen" liefen darauf hinaus, das Dreiklassenwahlsystem noch ungerechter und widersinniger zu gestalten. Die erste „Reform" datiert aus den Jahren 1891 bis 1893; sie bestand darin, daß die nicht erhobene, sondern nur veranlagte Grund- und Gebäudesteuer bei der Bildung der Wählerabteilungen voll angerechnet wurde — ein Geschenk an die ostelbischen Gutsbesitzer, denen es auf diese Weise möglich gemacht wurde, auch ohne einen Pfennig Steuern zu zahlen Wähler der ersten Klasse zu sein. Auf der anderen Seite waren Regierung und Landtag so gnädig, auch dem Volke ein Geschenk zu machen: für jeden nicht zur Einkommensteuer veranlagten Wähler wurde ein Betrag von 3 Mk. eingestellt, aber diese Wähler, die sogenannten Dreimarkmänner, mußten stets hübsch in der dritten Klasse wählen. Schließlich führte man statt der Drittelung in Gemeinden die Drittelung in Urwahlbezirken ein, ein vollendeter Unsinn, der nur das eine Gute hat, daß er möglicherweise in diesem oder jenem Wahlkreis den Sieg der Sozialdemokratie sichert. In Proletariervierteln kann man dadurch unter Umständen bereits mit einem sehr geringen Steuersatz in die zweite oder gar in die erste Wählerabteilung aufrücken.

Als dann infolge des Eintretens der Sozialdemokratie in den Wahlkampf die Wahlbeteiligung im Jahre 1903 verhältnismäßig stark wurde und als sich die völlige Haltlosigkeit des Dreiklassenwahlsystems zeigte, da entschloß sich die Regierung im Jahre 1906 zu einer neuen „Reform", einer

Reform, die einen Schlag ins Gesicht der Arbeiterklasse bedeutete; die Zahl der Abgeordneten wurde unter gleichzeitiger Teilung einiger Riesenwahlkreise von 433 auf 443 vermehrt und die Vorschriften des Wahlverfahrens in einigen Punkten geändert, das Wesen des Dreiklassenwahlsystems selbst aber blieb erhalten, so daß sogar die sonst so zahmen *Nationalliberalen mit fliegenden Fahnen ins Lager der* Opposition abzuschwenken drohten. Was sie natürlich nicht hinderte, den Änderungen schließlich ihre Zustimmung zu geben.

Was für eine Reform die Regierung für die Zukunft plant, wissen wir ebensowenig, wie wir wissen, wann die Reform kommt. Aber darüber herrscht nach der Erklärung des Fürsten Bülow vom 10. Januar kein Zweifel, daß an die Übertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen oder auch nur an den Ersatz der offenen Stimmabgabe durch die geheime nicht zu denken ist, und daß auch eine gerechte Wahlkreiseinteilung nicht beabsichtigt ist. Das Ministerium Bülow will nicht, daß Preußen endlich in die Reihe der modernen Kulturstaaten einrückt, es will, daß in dem größten deutschen Bundesstaat auch fernerhin ein halb absolutistisches Regiment herrscht und daß das preußische Volk auf Gnade und Ungnade einem Landtag ausgeliefert ist, in dem Kraut- und Schlotjunker in holder Eintracht mit zelotischen Pfaffen das große Wort führen.

Welch ein Gegensatz! Auf der einen Seite das nach Freiheit lechzende Volk, das reif ist, seine Geschicke selbst in die Hand zu nehmen, auf der anderen Seite die Regierung, die über den Parteien stehen sollte, in Wirklichkeit aber sich zum Handlanger einseitiger parteipolitischer Bestrebungen macht! Dem im Grunde genommen ist ja dem Fürsten Bülow seine Erklärung vom 10. Januar von den Konservativen in die Feder diktiert worden. Die Bourgeoisie, die über die Antwort Bülows so erstaunt ist, beweist damit nur ihre politische Unreife. Hätte Bülow dem Volke auch nur das geringste Zugeständnis gemacht, so wäre er bei den Konservativen in Ungnade gefallen, ihn hätte dasselbe Geschick ereilt wie den Grafen Caprivi. Fürst Bülow aber gehört nicht zu den Männern, die gegen den Willen der mächtigsten Klasse in Preußen regieren wollen, er klebt an seinem Amte. Anstatt sich, wenn es nicht anders geht, einen guten Abgang zu sichern, zieht er es vor, in der Geschichte Preußens als Typus eines Kommis der Junkerclique zu erscheinen.

Fast noch trauriger als das Auftreten des leitenden Staatsmannes ist es, daß wir in Preußen keine einzige bürgerliche Partei haben, die wirklich entschlossen ist, Schulter an Schulter mit dem Proletariat für die Erringung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts zu kämpfen. Die Konservativen stehen fest auf dem Boden des Dreiklassenwahlsystems, weil es ihnen auf alle Fälle die Mehrheit sichert, den Nationalliberalen schwebt als Ideal ein nach Alter, Bildung und Besitz abgestuftes Pluralwahlrecht vor, das Zentrum erklärt zwar, Anhänger des Reichstagswahlrechts auch für Preußen zu sein, kann sich aber beileibe nicht zu der Forderung einer gerechten Wahlkreiseinteilung aufraffen, und die Freisinnigen vollends haben sich in Bülows Augen so verliebt, daß sie selbst jetzt noch treu zu ihm halten und ihren Wahlrechtskampf damit beginnen, daß sie gegen die einzigen wirklichen Wahlrechtsfreunde, die Sozialdemokraten, zu Felde ziehen.

So ist denn nicht nur die bisherige Geschichte des Dreiklassenwahlsystems eines der traurigsten Kapitel in der Geschichte Preußens, sondern, wenn nicht alles täuscht, wird auch die nächste Zeit noch ein wenig ruhmvolles Blatt bilden. Es wird eine Zeit sein, die Zeugnis ablegt von dem Verfall des liberalen Bürgertums, das aller Ideale bar, nur noch nach materiellen Erfolgen strebt. Um so mehr wird es Pflicht des Proletariats sein, diesen Schandfleck auszulöschen, damit die Geschichtschreiber derjenigen kommenden Geschlechtern berichten können, daß es in dieser Zeit des geistigen Verfalls wenigstens eine Klasse der Bevölkerung gegeben hat, die den herrschenden Gewalten zum Trotz, unbekümmert um die sie umgebenden Gefahren, den Idealismus hochgehalten und dem Prinzip der Gerechtigkeit zum Siege verholfen hat.

Wirtschaftliche Kämpfe im schweizerischen Schreinergewerbe.

Das neue Jahr fängt für uns in der Schweiz gut an, indem es uns bis jetzt nicht weniger als drei Aussperrungen brachte, und zwar in Luzern, Bern und Zürich. In den ersten beiden Städten sollten die vor zwei beziehungsweise drei Jahren abgeschlossenen Tarifverträge erneuert werden, und da gingen nun die Schreinermeister aggressiv vor, um die Bestrebungen der Gehilfen nach Verbesserung der Verträge zu vereiteln.

Der Anfang wurde in Luzern gemacht. Der alte Tarifvertrag enthielt einen minimalen Stundenlohn von 48 Cts. (39 Pf.) und einen „Durchschnittslohn" von 55 Cts. bei 9½stündiger Arbeitszeit. Unsere Kollegen kündigten nun rechtzeitig den Tarifvertrag und stellten für die folgenden Verhandlungen mit den Meistern diese Forderungen: 9stündige Arbeitszeit, 60 Cts. minimalen Stundenlohn und allgemeine Lohnerhöhung von 15 Prozent. Die Meister lehnten den Neunstundentag ab und offerierten eine Erhöhung des minimalen Stundenlohns um 2 Cts., auf 50 Cts., und eine allgemeine Lohnerhöhung von 3 Prozent bei dreijähriger Dauer des neuen Tarifvertrags. Der Vertragsentwurf der Meister enthielt aber auch noch einen besonderen Schutz der Gelben in folgender Form: „Der Arbeiter verpflichtet sich, während der Vertragsdauer sich an keiner Lohnbewegung, Aufstand oder Streik zu beteiligen, ebenso verpflichtet er sich, Unorganisierte oder Angehörige einer anderen Gewerkschaft im Geschäft auf keine Art zu belästigen oder auf zudringliche Weise zum Beitritt in eine Vereinigung zu veranlassen. Übertretungen können im Wiederholungsfall durch sofortige Entlassung des betreffenden Arbeiters geahndet werden."

Natürlich konnten auf solche Zumutungen unsere Kollegen nicht eingehen, und da die Meister sich nicht zu genügendem *Entgegenkommen entschließen konnten, verliefen die Verhandlungen* resultatlos. Daraufhin kündigten anfangs Januar die Meister den Gehilfen auf 14 Tage, nach deren Ablauf die Aussperrung von zirka 350 Gehilfen zur Tatsache wurde.

Es sei nun orientierend bemerkt, daß die Schreinergehilfen in Luzern numerisch gut organisiert, aber leider in *zwei Lager gespalten* sind, indem die Christlichen ihrer bekannten Zersplitterungstaktik getreu zu der freien Holzarbeitergewerkschaft noch eine „christliche" gründeten. Der Christliche Holzarbeiterverband zählt in der ganzen Schweiz zirka 700 Mitglieder, hat aber auffallenderweise zwei besoldete Sekretäre in den Herren Eisele und Gerevan, die gut geratene Zöglinge der bekannten Jesuitenschule in M.-Gladbach sind, wobei es natürlich gleichgültig, ob sie wirklich hier als Schüler sich zum Kampfe gegen die Sozialdemokratie präparieren ließen oder die nötige geistige Gliederverrenkung in der Schweiz erfuhren. Worauf es ankommt, ist die M.-Gladbacher Taktik.

Beide Organisationen gingen in diesem Kampfe gemeinschaftlich vor, und dementsprechend war auch die Lohnkommission zusammengesetzt. Nun tauchte als der böse Geist der kämpfenden Schreiner der christliche Verbandssekretär Eisele von St. Gallen auf, um hinter dem Rücken der Arbeiter, insbesondere der gemeinschaftlichen Lohnkommission, mit den Vertretern der Meisterorganisation zu unterhandeln. Dem Sekretär des freien Holzarbeiterverbandes, unserem Kollegen Löber, erklärte Eisele, als ihm seine heimlichen und eigenmächtigen Unterhandlungen mit den Meistervertretern vorgehalten wurden, daß die Christlichen infolge ihrer Verbandsverhältnisse nicht mitmachen könnten, was man doch nur so auffassen kann, daß sie in ihrer Verbandskasse kein Geld zur Gewährung von Unterstützung hatten. Den Schutz der Gelben im Meistervertrag lehnte Eisele auch ab, dagegen beanspruchte er ihn für die Christlichen, trotzdem nichts vorgefallen war, das einen solchen Schutz der Christlichen als notwendig hätte erscheinen lassen. Aber das Verlangen wird begreiflich, wenn man das Verhalten Eiseles und ferner die Tatsache berücksichtigt, daß er den Meistern für alle Fälle die Beschaffung von 200 bis 250 christlichen Streikbrechern in Aussicht stellte.

Auf Intervention des Regierungsrats Walther, der einen Tarifvertrag auf der „mittleren Linie" ausarbeitete, fanden dann neuerliche Unterhandlungen mit den Meistern statt, aber der wenig verbesserte Vertrag wurde von den Kollegen in einer Versammlung mit 191 gegen 61 Stimmen verworfen, und schließlich verwarfen ihn auch die Meister. Vorher hatte Eisele die Mitglieder der christlichen Holzarbeitergewerkschaft mit der Drohung, daß sie keine Unterstützung erhalten würden, zur Annahme des Vertrags und somit zum Verrat an ihren freiorganisierten Kollegen zwingen wollen, was sie jedoch, besser als ihr „Führer" — „Verführer"? —, ablehnten. Aber schließlich bewog er sie doch noch zu diesem Schritte, zum einseitigen Abschluß eines neuen Tarifvertrags mit den Meistern, wodurch unsere Kollegen in eine solche Zwangslage gerieten, daß sie sich entschließen mußten, den Vertrag ebenfalls anzuerkennen, wenn sie nicht die Invasion einer christlichen Streikbrecherarmee erleben wollten, wie sie 1906 ebenfalls in Luzern im Malergewerbe unter denselben Umständen stattfand.

Der Tarifvertrag bleibt weit hinter den Forderungen der Arbeiter zurück. Er enthält die unveränderte 9½stündige Arbeitszeit, minimalen Stundenlohn von 54 statt der geforderten 60 Cts. und sodann den „Schutz"-Artikel, den Stacheldrahtzaun für das schlechte Gewissen.

Dieses schlechte Gewissen hat die Sekretäre des christlichen Holzarbeiterverbandes noch zu einer anderen schmählichen Handlung verleitet — es könnte fast der Teufel Vitru im Spiele gewesen sein —, sie haben nämlich im christlichen „Gewerkschafter" und katholischen „Arbeiter" einen niederen Schandartikel losgelassen, in dem sie unter dreistester Umdrehung der Tatsachen die Leitung des freien Holzarbeiterverbandes, speziell unseren Genossen Löber, des Verrats an der Arbeiterschaft beschuldigen. Zur Charakterisierung des gemeinen und verlogenen Pamphlets sei nur angeführt, daß es die Luzerner Schreinermeister auf ihre Kosten in der dortigen bürgerlichen Presse veröffentlichten. Mit unnachahmlicher Frechheit wurden auch dem bewährten Führer der Luzerner Arbeiterschaft, unserem Genossen Advokat Albisser, verschiedene Sünden angedichtet, wogegen er die christlichen Macher als gemeine Verleumder und Ehrabschneider brandmarkt und auffordert, ihn gerichtlich zu verklagen, wenn sie den Vorwurf nicht auf sich sitzen lassen wollen.

Erwähnt sei noch, daß das verräterische Treiben der christlichen Holzarbeitersekretäre selbst dem christlich-sozialen Arbeiterverein in Luzern zu bunt war und er sich insbesondere gegen das Pamphlet mit folgender öffentlicher Erklärung wandte:

„Die am 26. Januar 1908 zusammengetretene Generalversammlung des christlich-sozialen Arbeitervereins Luzern bedauert den Erlaß der Erklärung des Zentralvorstandes des christlichen Holzarbeiterverbandes in letzter Nummer des „Gewerkschafter" und „Arbeiter" als inopportun. Sie erklärt sich mit der christlichen Holzgewerkschaft Luzern solidarisch in bezug auf deren Forderungen auf Rückzug der Schwarzen Liste, Verbot der Maßregelungen wegen Teilnahme an der Lohnbewegung und Wiedereinstellung der Ausgesperrten in der Weise, daß zuerst die verheirateten Arbeiter, dann die längere Zeit auf dem Platz befindlichen wieder einzustellen seien und die anderen nach Bedarf.

Luzern, 26. Januar 1908.

Der Vorstand des christlichen Arbeitervereins Luzern."

Die genannten beiden Blätter sind deshalb wüst über den Verein hergefallen, weil ihn diese Dinge nichts angingen. *Hätte er sie gelobt, würde seine Kompetenz in dieser Sache* natürlich nicht bestritten worden sein.

Luzern von 1908 bildet ein würdiges Seitenstück zu Cöln von 1905. — Die „Christlichen" bleiben sich überall gleich und besorgen in der Schweiz wie in Deutschland das „Teile und herrsche!" und damit die Geschäfte der Unternehmer.

In Bern sind es eine Handvoll Gelber, die die Werkzeuge der Unternehmer machen. Weil sie den von den Gehilfen für die Erneuerung des Tarifvertrags geforderten Neunstundentag nicht bewilligen, sondern an der bestehenden 9½stündigen Arbeitszeit festhalten wollen, haben sie zur Aussperrung von zirka 500 Gehilfen gegriffen, die nun seit dem 1. Februar auf dem Pflaster sind. Mit den 18 Gelben haben die Schreinermeister einen entsprechenden Tarifvertrag „abgeschlossen" und die 500 freiorganisierten Gehilfen sollen sich dieser unwürdigen Komödie unterwerfen. Der Gelbe Vertrag gestattet sogar die Verlängerung der Arbeitszeit, so daß wohl bald der Zehnstundentag wieder eingeführt werden würde.

Und nun zum Schlusse der Kampf in Zürich. Hier handelt es sich einfach um einen frivolen Bruch des vor einigen Monaten von beiden Parteien auf ein weiteres Jahr verlängerten Tarifvertrags, der beseitigt und durch einen schlechteren, einseitig von den Meistern aufgestellten Vertrag ersetzt werden soll, und zwar derart, daß jeder einzelne Arbeiter ihn unterzeichnen und so der Kollektivvertrag abgeschafft werden soll. 1200 Kollegen haben in einer am Samstag den 8. Februar im „Velodrom" abgehaltenen Versammlung einstimmig gegen den Meistervertrag Stellung genommen, und dabei konnte konstatiert werden, daß nur zwei Arbeiter unterschrieben hätten. Ausgesperrt sind bis jetzt 597 Schreiner, Anschläger und Maschinisten. Von zirka 250 Schreinermeistern haben nur 46 ausgesperrt, die Scharfmacher werden also das gleiche Fiasko wieder erleben wie 1905.

In Biel dauert der Schreinerstreik seit langen Monaten, und er wird fortgeführt werden, bis die Meister Vernunft annehmen und einlenken.

Das Jahr 1908 fängt in der Tat gut an, es wird ein *Kampfesjahr wie kaum eines zuvor. Wir wünschen unseren* tapferen Kollegen viele Fortschritte und Erfolge! Z.

Soziales.

Aus dem Reichstag.

Man kann dem Reichstag nicht nachsagen, daß er eine besondere Eile entwickelt, um die Früchte der konservativ-liberalen Paarung zutage zu fördern. Bülow hat es den Liberalen gegenüber an Versprechungen nicht fehlen lassen, und diese haben nicht nur alles, was ihnen vorgeredet wurde, gläubig hingenommen, sondern auch ihrerseits sich lebhaft bemüht, die ungeduldigen Wähler zu trösten, welche auf die Einlösung der liberalen Wechsel drangen. Der Reichstag ist nun schon mehr als ein Jahr alt, aber die einzige Frucht der konservativ-liberalen Ehe ist die sogenannte Reform des Majestätsbeleidigungsparagraphen, die an dem Unfug, der seither mit dieser Gesetzesbestimmung getrieben wurde, wenig ändern wird.

Zurzeit findet die zweite Lesung des Etats statt. Der Postetat ist erledigt. Seine Beratung gab Gelegenheit, die Verletzung des Briefgeheimnisses zu kritisieren, die besonders gegen in Deutschland lebende Russen, aber auch gegen deutsche Sozialdemokraten geübt werde. Bei der Blüte, zu welcher es das Spitzelwesen in Preußen-Deutschland gebracht hat, kann die Dreistigkeit, mit der diese Nichtgentlemen ihr unsauberes Handwerk ausüben, nicht weiter wundernehmen; aber ebenso begreiflich ist es, daß die staatliche Bureaukratie, wenigstens der Öffentlichkeit gegenüber, das Wirken dieser dunklen Ehrenmänner energisch verleugnet. Noch eine andere schwere Anklage wurde gegen den Staatssekretär Kraetke erhoben. Er hatte den freisinnigen Postarzt Dr. Schellenberg in Wiesbaden gemaßregelt, weil dieser in der Stichwahl für den Sozialdemokraten gestimmt hat. Dieser Eingriff in die Wahlfreiheit ist um so schwerer, als er vom Staatssekretär selbst verfügt wurde, nachdem sich zwei ihm unterstehende Amtsstellen aus Reinlichkeitsgründen geweigert hatten, dem Verlangen eines schäbigen Denunzianten Folge zu leisten. Es ist ein Zeichen von dem bedauerlichen Tiefstand der politischen Moral in Deutschland, daß sich ein hoher Reichsbeamter eine derartige Verletzung verfassungsmäßiger Rechte der Staatsbürger erlauben und noch erklären kann, er würde in ähnlichen Fällen künftig ebenso handeln. Die Freisinnigen hindert das aber nicht, dem Staatssekretär Kraetke unbegrenztes Vertrauen entgegenzubringen. Nur zwei von ihnen, die Abgeordneten Schräder und Dohrn lehnten mit den Sozialdemokraten und Polen die Bewilligung des Gehaltes für den Staatssekretär ab.

Auf den Postetat folgte der Justizetat. Die deutsche Gerechtigkeitspflege erfreut sich keines guten Rufes, und unsere Staatsanwälte und Richter sorgen alltäglich dafür, daß dieser Ruf nicht besser wird. Mußte doch sogar ein nationalliberaler Abgeordneter, der sächsische Richter Dr. Heinze, zugeben, daß die Klagen über Klassenjustiz nicht durchweg unberechtigt sind. Wie berechtigt aber der gegen unsere Rechtsprechung erhobene Vorwurf der Klassenjustiz ist, bewies in einer groß angelegten Rede Genosse Stadt-

hagen. Der Vertreter der angeklagten deutschen Justiz, Staatssekretär Nieberding, versuchte natürlich die erhobenen Vorwürfe mit Entrüstung zurückzuweisen. Vergebliches Bemühen! Wenn ihm auch die Rechte des Reichstages lebhaften Beifall zollte, als er zum Schluß seiner Rede pathetisch ausrief „Es gibt keine Klassenjustiz", so wird doch das Urteil des Volkes und das Urteil der Geschichte über die Rechtspflege unserer Tage ganz anders lauten.

Der Gemeinsinn der Besitzenden. Über die Erfahrungen, die bei der Berufs- und Betriebszählung am 12. Juni 1907 in Baden gemacht wurden, berichtet ein Artikel in der amtlichen „Karlsruher Zeitung". Es wird dort festgestellt, daß die Bevölkerung im allgemeinen der Durchführung der Erhebung großes Verständnis entgegengebracht, die schwierige Arbeit größtenteils nach Kräften unterstützt und den Zählern die Erfüllung der schweren Aufgabe erleichtert hat. Das gilt aber nur von den unteren und mittleren Bevölkerungsklassen. Die Herren von Bildung und Besitz dagegen glaubten den ehrenamtlichen Zählern durch mangelndes Entgegenkommen und schlechte Behandlung imponieren zu sollen. Es handelte sich hierbei nicht etwa um Rüpeleien einzelner Protzen, denn in allen größeren Städten Badens wurden die gleichen Beobachtungen gemacht, wie aus den von den Stadträten in Baden-Baden, Freiburg, Mannheim und Karlsruhe an das Statistische Landesamt gerichteten Berichten hervorgeht. Der Stadtrat von Karlsruhe berichtete in dieser Beziehung wörtlich:

„Es ist leider Tatsache, daß die bittersten Klagen über schlechte Behandlung sich gerade gegen jene Kreise richteten, die man sonst als die gebildeten zu bezeichnen gewohnt ist. Je vornehmer das Viertel, desto lauter und zahlreicher waren die Klagen über abstoßendes und oft geradezu verletzendes Benehmen der Haushaltungsvorstände und ihrer Vertreter. Um so wohltuender wirkt das einstimmige Urteil der Zähler, soweit es uns überhaupt zu Ohren gekommen ist, daß die unteren und mittleren Schichten der Bevölkerung, besonders die Arbeiterkreise, der Zählung das meiste Verständnis entgegengebracht haben."

Ähnlich wie in Baden dürften die Verhältnisse auch anderwärts liegen. An und für sich ist das ja nichts Neues, interessant ist es nur, daß der mangelnde Gemeinsinn derer von „Bildung und Besitz" hier amtlich bescheinigt wird. Den Herrschaften geht die Ruhe über alles, sie wollen in der Verdauung nicht gestört werden. Für Veranstaltungen, deren Nutzen sie nicht in Mark und Pfennigen berechnen können, haben sie kein Verständnis und noch weniger können sie es begreifen, daß es Männer gibt, die sich dem Gemeinwesen ehrenamtlich als Zähler zur Verfügung stellen. Sie betrachten diese als lästige Bittsteller, denen sie am liebsten die Türe wiesen.

Dieselben Leute, die der Erfüllung der leichtesten staatsbürgerlichen Pflichten ein so geringes Verständnis entgegenbringen, stellen aber die höchsten Anforderungen, wenn es sich um die Verteilung der staatsbürgerlichen Rechte handelt. Denjenigen „Patrioten", welche die Einführung des Reichstagswahlrechtes in Preußen als dem Staatswohl nicht förderlich bezeichnen, weil es für „Bildung und Besitz" kein Vorrecht enthält, sollte dieses amtliche Urteil über das Verständnis jener Kreise für Aufgaben, die der Allgemeinheit dienen, entgegengehalten werden. Nützen wird das allerdings ebensowenig, als die von der „Karlsruher Zeitung" an die „Gebildeten" gerichtete Mahnung, in Zukunft „im Interesse der Allgemeinheit allen übrigen Kreisen durch tatkräftige Förderung mit gutem Beispiel voranzugehen".

Ueber die Verteuerung der Lebensmittel durch die Zoll- und Grenzsperrpolitik klagen auch die staatlichen und kommunalen Beamten in Essen in einer an den Reichstag gerichteten Petition. Auf Grund amtlicher Feststellungen erklären die Essener Beamten, es hätten durchschnittlich bezahlt werden müssen für

	1900 Mk.	1907 Mk.
1 Kilo Rindfleisch (Bauch) . .	1,45	1,70
1 „ „ (Keule) . . .	1,25	1,60
1 „ Schweinefleisch	1,50	1,90
1 „ Kalbfleisch	1,45	2,—
1 „ Hammelfleisch	1,45	2,—
1 „ Speck (inländischer) . .	1,80	2,—
1 „ Eßbutter	2,60	2,80
60 Stück Eier	5,40	8,40

Mehr noch als die Beamten, deren Gehalt nicht in entsprechender Weise gestiegen ist, haben unter der Teuerung natürlich die Arbeiter zu leiden, die infolge der herrschenden Krisis mit Lohnausfällen durch Betriebseinschränkungen oder auch vollständiger Arbeitslosigkeit zu rechnen haben. Mit einer baldigen Abkehr von unserer „nationalen" Wirtschaftspolitik ist aber leider nicht zu rechnen. Die Agrarier sind in Deutschland die herrschende Macht, und sie denken nicht daran, auf den Profit zu verzichten, der ihnen aus der Ausplünderung der Volksmassen erwächst.

Staatshilfe den Arbeitslosen. Die sozialdemokratische Fraktion der bayerischen Abgeordnetenkammer hat folgenden Antrag eingebracht: „Die Kammer woll beschließen: Es sei die K. Staatsregierung zu ersuchen, dem Landtag baldmöglichst einen Gesetzentwurf vorzulegen, nach welchem Vereine (Gewerkschaften), welche bei eintretender Arbeitslosigkeit ihren Mitgliedern statutenmäßig Unterstützung gewähren, einen Zuschuß aus Staatsmitteln erhalten."

Der vierte allgemeine Kongreß der Krankenkassen Deutschlands findet am 11. und 12. Mai in Berlin statt. Auf der Tagesordnung stehen zwei Vorträge. G. Bauer wird über „Die Bestrebungen zur Reform der Arbeiterversicherung" und A. Kohn über „Die Bedeutung der Selbstverwaltung der Krankenkassen und deren Gefährdung" sprechen. Zu diesem Kongreß werden alle Orts-, Betriebs-, Fabrik-, Innungs-, Knappschafts- und freie Hilfskassen Deutschlands eingeladen. Anträge für den Kongreß sind bis zum 1. April an die Zentralstelle für das deutsche Krankenkassenwesen, E. Simanowski, Berlin SO, Engelufer 15, einzusenden.

☞ Kollegen, abonniert das „Fachblatt für Holzarbeiter"

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Gemäß den Bestimmungen des Statuts und dem Beschluß des Verbandstags in Köln berufen wir hiermit den

Siebenten ordentlichen Verbandstag

auf Sonntag den 24. Mai 1908 nach Stettin ein. Am 24. Mai findet abends die konstituierende Vorversammlung statt, während am 25. Mai die eigentlichen Verhandlungen des Verbandstags beginnen werden.

Die näheren Bestimmungen über die Wahl der Delegierten werden den Zahlstellenverwaltungen in dieser Woche mittels Zirkulars bekannt gegeben.

Neben der Aufstellung von Kandidaten und den sonstigen Vorbereitungen der Delegiertenwahlen wollen die Zahlstellen sich nun auch mit der Beratung etwaiger Anträge für den Verbandstag beschäftigen. Nach § 98 des Statuts müssen Anträge zum Verbandstag 8 Wochen vor demselben an den Verbandsvorstand eingesandt und von letzterem 6 Wochen vor Zusammentritt desselben im Verbandsorgan veröffentlicht werden.

Wir ersuchen deshalb, alle Anträge bis zum 28. März an uns einzusenden, damit sie rechtzeitig von uns veröffentlicht und alsdann von allen Zahlstellen beraten werden können.

Jeder einzelne Antrag ist für sich auf einem besonderen Blatt Papier einzureichen.

Infolge des Todes unseres Kollegen Karl Kloß sind alle Briefe und sonstigen Sendungen an den Verbandsvorstand vorläufig an Theodor Leipart, Stuttgart, Adlerstraße 43, zu adressieren, Geldsendungen dagegen nach wie vor direkt an den Hauptkassierer Fritz König, Stuttgart, Adlerstr. 43.

Mehrere höchst betrübende Erfahrungen der jüngsten Zeit haben erkennen lassen, daß die Revisoren der Zahlstellen häufig ihre Pflicht in ganz unbegreiflichem Maße vernachlässigen. Wir sehen uns deshalb genötigt, hierdurch öffentlich an sämtliche Zahlstellenrevisoren die dringende Aufforderung zu richten, fortab bei Erfüllung ihrer Aufgabe die größte Gewissenhaftigkeit an den Tag zu legen und bei jeder Revision vor allen Dingen auch die Vorlegung des vorhandenen Geldbestandes zu fordern, sowie darauf zu sehen, daß die der Hauptkasse gehörigen Gelder auch an den Hauptkassierer eingesandt werden und der Lokalkassenbestand am Orte sicher angelegt wird, damit Verluste hierdurch verhütet werden.

Am Schlusse des Jahres 1907 wurde in nachstehend verzeichneten Zahlstellen (nach Gauen geordnet) ein Wochenbeitrag, einschließlich des Lokalbeitrags, in folgender Höhe erhoben:

100 Pf. Adlershof, Berlin (weibl. 30 Pf.), Charlottenburg, Gr.-Lichterfelde, Oberschöneweide, Rixdorf (weibl. 30 Pf.), Schöneberg, Spandau, Steglitz, Weißensee (weibl. 30 Pf.), Hamburg, Kiel, Köln, Wiesbaden, Stuttgart (weibl. 35 Pf.).

85 Pf. Zehlendorf, München (weibl. 30 Pf.).

80 Pf. Cöpenick, Nowawes-Neuendorf, Harburg, Lokstedt, Essen, Frankfurt a. M. (weibl. 40 Pf.), Fürth (weibl. 30 Pf.).

75 Pf. Bernau, Cladow, Friedrichshagen, Hennigsdorf, Neuenhagen, Oranienburg, Potsdam, Teltow, Velten, Leipzig, Taucha, Burg, Magdeburg, Bremen, Lübeck, Neumünster, Wilhelmshaven, Höchst.

70 Pf. Insterburg, Königsberg, Fiddichow, Waren, Breslau, Brandenburg, Schwedt, Kötzschenbroda, Plauen, Braunschweig, Blankenese, Burgdamm, Eckernförde, Hadersleben, Wandsbeck, Hannover, Osnabrück, Dortmund, Düsseldorf, Duisburg, Elberfeld-Barmen, Solingen, Darmstadt, Fechenheim, Offenbach, Worms, Bamberg, Nürnberg (weibl. 30 Pf.), Regensburg, Augsburg, Kirchheim, Konstanz, Zuffenhausen.

65 Pf. Bunzlau, Arnswalde, Frankfurt a. O., Fürstenwalde, Zielenzig, Dresden, Niedersedlitz, Auerbach, Bürgel i. Thür., Kahla, Mühlhausen, Saalfeld (weibl. 35 Pf.), Bitterfeld, Coswig, Halle, Helmstedt, Emden, Flensburg, Lüneburg, Pinneberg, Sonderburg, Vegesack, Cassel, Verden (weibl. 35 Pf.), Bochum, Bonn, Lüdenscheid, Witten, Aschaffenburg, Hanau, Mainz, Mannheim, Metz, Neu-Isenburg, Pirmasens, Ansbach, Schwabach, Kempten, Landsberg a. L., Baden-Baden, Colmar, Karlsruhe, Waiblingen.

60 Pf. Bromberg, Danzig, Elbing, Graudenz, Rastenburg, Rummelsburg, Sensburg, Stolp, Thorn, Zoppot, Fürstenberg, Greifswald, Loitz, Parchim, Rostock, Saßnitz, Schönberg, Stettin, Stralsund, Swinemünde, Warnemünde, Brieg, Gleiwitz, Görlitz, Kattowitz, Königshütte, Liegnitz, Neiße, Ols, Posen, Schweidnitz, Waldenburg, Cottbus, Crossen, Erkner, Finsterwalde, Forst, Franz. Buchholz, Jüterbog, Klosterfelde, Königswusterhausen, Luckenwalde, Lübbenau, Perleberg, Priebus, Pritzwalk, Rathenow, Schönlanke, Schönwalde, Schwerin a. W., Spremberg, Strausberg, Trebbin, Vietz, Werder, Wrietzen, Bautzen, Brand, Cunnersdorf, Dippoldiswalde, Elsterwerda, Geringswalde, Großenhain, Großröhrsdorf, Groß-Schönau, Hartha, Leisnig, Liebenwerda, Löbau, Meißen, Olbernhau, Oschatz, Rabenau, Radeberg, Riesa, Schweikershain, Sebnitz, Torgau, Waldheim, Wilsdruff, Zittau, Altenburg, Burgstädt, Chemnitz, Eilenburg, Eisenberg, Frohburg, Geithain, Grimma, Limbach, Markranstädt, Schmölln (weibliche 30 Pf.), Zeitz (weibliche 30 Pf.), Zwickau, Coburg, Eisenach, Erfurt, Gotha, Jena, Rudolstadt, Themar, Weimar, Bernburg, Cöthen, Dessau, Eisleben, Goslar, Güsten, Halberstadt, Quedlinburg, Roßlau, Wernigerode, Apenrade, Bargteheide, Bergedorf, Brake, Bremerhaven, Dannenberg, Elmshorn, Glückstadt, Husum, Itzehoe, Meldorf, Nordenham, Oldenburg, Oldesloe, Schiffbeck, Schleswig, Schwartau, Sellstedt, Stade, Tönning, Winsen, Wulsdorf, Bielefeld, Celle, Detmold, Göttingen, Hildesheim, Minden, Rheine, Springe, Stadthagen, Uelzen, Uslar, Aachen, Euskirchen, Gelsenkirchen, Gevelsberg, Hagen, Hamm, Hattingen, Herne, Iserlohn, Krefeld, Lütgendortmund, Mülheim, Münster, Neuß, Ohligs, Paderborn, Recklinghausen, Remscheid, Siegen, Uerdingen, Unna, Velbert, Wanne, Werden, Wermelskirchen, Bensheim, Coblenz, Eberstadt, Frankenthal, Heidelberg, Hellstein, Homburg, Kaiserslautern (weibliche 30 Pf.), Kelkheim, Ludwigshafen, Marburg, Mühlheim a. M., Neuwied, Oberramstadt, Oggersheim, Saarbrücken, Sprendlingen, Tann, Trier, Vilbel, Vockenhausen, Amberg, Bayreuth, Hof, Neustadt a. Aisch, Pappenheim, Reichelsdorf, Roth, Würzburg, Zirndorf, Bruck, Freising, Garmisch, Ingolstadt, Kaufbeuren, Krumbach, Landshut, Pasing, Reichenhall, Rosenheim, Schrobenhausen, Durlach, Feuerbach, Gmünd, Lahr, Mülhausen, Pforzheim, Reutlingen, Schorndorf, Schwenningen, Singen, Straßburg, Tuttlingen, Villingen.

55 Pf. Cöslin, Pr. Holland, Schlawe, Anklam, Brunshaupten, Demmin, Gollnow, Güstrow, Lübtheen, Lübz, Schwerin i. Meckl., Stargard, Strelitz, Teterow, Tribsees, Wismar, Wolgast, Beuthen, Glatz, Glogau, Haynau, Jauer, Striegau, Wölfelsdorf, Zabrze, Biesenthal, Cüstrin, Eberswalde, Freienwalde, Fürstenberg, Guben, Hoyerswerda, Joachimsthal, Landsberg, Lübben, Muskau, Neuzelle, Prenzlau, Schwiebus, Senftenberg, Sommerfeld, Treuenbrietzen, Vetschau, Weißwasser, Zossen, Züllichau, Altenberg, Döbeln, Ebersbach, Freiberg i. S., Glashütte, Mittweida, Mulda, Neugersdorf, Neuhausen, Oderan, Pirna, Radeburg, Seifhennersdorf, Stolpen, Borna, Crimmitschau, Falkenstein, Gera, Glauchau, Hainichen, Johanngeorgenstadt, Kleinolbersdorf, Neustädtel, Reichenbach, Schkeuditz, Wilkau, Wurzen, Apolda, Bleicherode, Corbetha, Langensalza, Lauterberg, Merseburg, Naumburg, Nordhausen, Roda, St. Andreasberg, Sonneberg, Weißenfels, Aschersleben, Neuhaldensleben, Sangerhausen, Staßfurt, Stendal, Wittenberg, Zerbst, Aurich, Cuxhaven, Lauenburg, Marne, Rendsburg, Segeberg, Ütersen, Alfeld, Blomberg, Bramsche, Burgdorf, Einbeck, Hameln, Herford, Homberg, Lage, Lehrte, Melle, Münder, Nienburg, Northeim, Oeynhausen, Peine, Quakenbrück, Steinheim i. Westf., Beuel, Castrop, Gummersbach, Hamborn, Lippstadt, M.-Gladbach, Oberhausen, Rheydt, Schwerte, Viersen, Bubenheim, Butzbach, Friedberg, Gießen, Grünstadt, Höhr, Kirchheim, Kreuznach, Landau, Neustadt a. Haardt, Oberstein, Reistenhausen, Rumpenheim, Speyer, Weinheim, Zweibrücken, Cham, Dinkelsbühl, Erlangen, Forchheim, Lauf, Markt-Redwitz, Schweinfurt, Aibling, Bruckmühl, Günzburg, Lindau, Memmingen, Miesbach, Mühldorf, Starnberg, Straubing, Tegernsee, Tölz (weibl. 30 Pf.), Weilheim, Aalen, Backnang, Biberach, Bietigheim, Bruchsal, Emmendingen, Eßlingen, Freiburg i. Br., Göppingen, Heidenheim, Heilbronn, Hornberg, Leutkirch, Lörrach, Marbach, Offenburg, Oos, Radolfzell, Rastatt, Ravensburg, Ulm, Waldkirch, Waldshut, Winnenden.

Nachfolgenden Zahlstellen wird hierdurch antragsgemäß die Genehmigung zur Erhebung eines wöchentlichen Lokalbeitrags erteilt, und zwar ab 15. Februar: Driesen 10 Pf.; ab 1. März: Bremen 35 Pf., Lauterberg 10 Pf., (weibliche 5 Pf.); ab 1. April: Alsfeld 5 Pf., Itzehoe 15 Pf.

Nachstehende Mitgliedsbücher sind als verloren gemeldet und werden hiermit für ungültig erklärt:

8166 Artur Wenger, Tischler, geb. 3. 6. 78 zu Breslau.
14016 Otto Wiese, Tischler, geb. 2. 6. 83 zu Müllrose.
24839 Otto Wirth, Tischler, geb. 21. 3. 79 zu Leipzig.
29872 D. Geister, Tischler, geb. 8. 10. 72 zu Wietetze.
88897 Willi Dettmar, Tischler, geb. 22. 3. 84 zu Magdeburg.
109324 Gustav Eckert, Tischler, geb. 17. 9. 58 zu Lodz.
114012 Heinr. Schlüter, Tischler, geb. 24. 7. 83 zu Langwedel.
120194 Friedrich Kanzler, Tischler, geb. 3. 12. 60 zu Bernburg.
135234 Franz Thürmann, Tischler, geb. 1. 6. 62 zu Rosenthal.
139302 Fr. Krundick, Tischler, geb. 13. 3. 84 zu Liebenau.
140019 Otto Kleinert, Drechsler, geb. 3. 10. 52 zu Steinau.
160394 Paul Berger, Tischler, geb. 2. 4. 82 zu Pohlitz.
176087 C. Relling, Drechsler, geb. 19. 9. 74 zu Hamburg.
226228 Paul Rode, Polierer, geb. 11. 6. 85 zu Berlin.
231351 Eduard Kriegler, Tischler, geb. 5. 10. 81 zu Berlin.
246833 Franz Vogl, Tischler, geb. 26. 10. 75 zu Saaz.
256311 H. Donner, Tischler, geb. 11. 7. 87 zu Kirchheim.
291119 Ferd. Kutz, Bürstenm., geb. 8. 4. 68 zu Kendenich.
302800 L. Rupprecht, Drechsler, geb. 30. 3. 88 zu Bettelsgrün.
305577 Otto Wolffert, Tischler, geb. 6. 8. 89 zu Zeitz.
307906 Theodor Schmitz, Tischler, geb. 7. 12. 86 zu Münster.
309124 Joseph Wensch, Tischler, geb. 18. 4. 69 zu Petrowitz.
330372 O. Träger, Maschinenarb., geb. 24. 2. 89 zu Rübenau.
336514 Peter Breckheimer, Modellt., geb. 24. 7. 69 zu Höchst.
346936 Franz Wendisch, Tischler, geb. 11. 2. 80 zu Altenburg.
350064 Albin Berger, Tischler, geb. 17. 1. 89 zu Wolfenbüttel.
359381 Wilhelm Segendorf, Maschinenarb., geb. 16. 9. 74 zu Dammbusch.
362357 Herm. Wegener, Tischler, geb. 23. 3. 89 zu Wismar.
370106 Otto Manthey, Tischler, geb. 15. 6. 89 zu Rehberg.
377174 Heinr. Stieglitz, Tischler, geb. 23. 1. 90 zu Ginsheim.
377574 Fr. Hollinderbäumer, Tischler, geb. 18. 2. 88 zu Salzuflen.
408610 R. Brandt, Kistenm., geb. 13. 9. 82 zu Ottensen.
417461 Willy Hoppe, Tischler, geb. 22. 2. 87 zu Berlin.
419190 Julius Fiala, Tischler, geb. 2. 2. 65 zu Zabrze.

Stuttgart, Adlerstraße 43. Der Verbandsvorstand.

Konferenz des Gaues Breslau.

Die Gaukonferenz wurde am 9. Februar in Breslau abgehalten. Auf derselben waren 32 Orte durch 47 Delegierte vertreten. Außerdem waren die Mitglieder des Gauvorstandes sowie ein Vertreter des Hauptvorstandes anwesend.

Aus dem Bericht des Gauvorstandes für 1906 und 1907, den der Gauvorsteher Kollege Dietrich erstattete, ist zu entnehmen, daß sich der Gau in der Berichtszeit um vier Zahlstellen, von 36 auf 40, vermehrt hat. Die absolute Steigerung der Mitgliederzahl beträgt dagegen aber nur 224. Ein bedeutender Mitgliederrückgang ist in der Zeit vom zweiten Quartal 1906, dem Höchststande der Bewegung, bis zum dritten Quartal 1907 mit einem Verlust von 647 Mitgliedern

eingetreten, so daß am Schlusse des dritten Quartals 1907 nur noch 6549 Mitglieder zu verzeichnen sind. In bezug auf Lohndifferenzen wurde der Gauvorstand in 172 Fällen in Anspruch genommen. Für einen großen Teil der Kollegen erfolgte Lohnaufbesserung von 1 bis 3 Mk. die Woche beziehungsweise 5 bis 15 Prozent bei zum Teil entsprechender Arbeitszeitverkürzung. — Kassenrevisionen wurden 113 vorgenommen. Gauverwaltungssitzungen fanden 19 statt. Letzteres sei wenig, aber erklärlich, wenn man bedenkt, daß der Gauvorsteher 756 Ortsbesuche auszuführen hatte. Die Posteingänge betrugen 2056, die Ausgänge dagegen 2917. — Der Kassenbericht stellt sich wie folgt: Einnahme 1906 10 190,83 Mk., 1907 9063,55 Mk.; Ausgabe 1906 9353,58 Mk., 1907 8389 Mk.

In der Diskussion wurde als Grund für den Rückgang der Mitgliederziffer hauptsächlich die Krise bezeichnet, aber auch die Erhebung von Extrabeiträgen war in manchen Fällen die Veranlassung zum Austritt, von einzelnen Rednern wurde auch die Lokalfrage und das Kapitel der Polizei im Dienste des Unternehmertums gestreift.

Nach der Mittagspause hielt der Hauptvorstandsvertreter, Kollege Schneegaß, einen Vortrag über das Thema: „Unsere Lohnbewegungen und die Entwicklung der Tarifverträge", der beifällig aufgenommen wurde. Eine Diskussion fand nicht statt.

Zum vierten Punkt der Tagesordnung „Stellungnahme zum diesjährigen Verbandstag" lagen zwölf Anträge vor, die zum überwiegenden Teil eine Abänderung einzelner Paragraphen unseres Verbandsstatuts bezweckten, und die fast sämtlich, aus den gegebenen Verhältnissen heraus, zum Teil ohne größere Diskussion berechtigte Ablehnung erfuhren.

Nach einem Schlußwort des Gauvorstehers wurde die Konferenz mit einem Hoch auf den Verband geschlossen.

Konferenz des Düsseldorfer Gaues.

Im Mittelpunkt des Kohlenreviers, in Bochum, tagte am 9. und 10. Februar die Gaukonferenz des Düsseldorfer Agitationsgebiets. Aus 49 Zahlstellen nahmen 62 Delegierte teil, ferner waren 3 Vertreter des Gauvorstandes und Kollege Becker vom Hauptvorstande anwesend.

Nach dem Bericht des Gauvorstandes fanden 1906 19 allgemeine Lohnbewegungen statt, außerdem wurden in 26 Werkstätten die Kollegen in Lohnkämpfe verwickelt. Von den allgemeinen Lohnbewegungen waren 18 erfolgreich. Für 3680 Kollegen wurde eine Lohnerhöhung von durchschnittlich 5 Pf. pro Stunde und eine Arbeitszeitverkürzung für 3660 Kollegen von durchschnittlich 3 Stunden pro Woche erreicht. Weniger günstig gestalteten sich die Erfolge 1907. Von 13 allgemeinen Lohnbewegungen konnten nur 10 mit Erfolg beendet werden. Bei den Werkstattstreiks wurde noch weniger erzielt. Die Lohnerhöhungen betrugen im Durchschnitt 4 Pf. pro Stunde, die Arbeitszeitverkürzung 2⅔ Stunden pro Woche. In beiden Jahren waren die kleineren Branchen besonders stark an den Lohnkämpfen beteiligt. Abwehrstreiks mußten 14 geführt werden. Der Erfolg war dabei im allgemeinen nicht befriedigend.

Als einen Übelstand bezeichnet es der Berichterstatter, Kollege Hartung, daß von den Ortsverwaltungen recht oft ungenaue Angaben über die Organisationsverhältnisse gemacht werden. Bei Lohnbewegungen rächte sich diese Gewissenlosigkeit oft bitter, unter allen Umständen müsse Disziplin geübt werden, um den Verhältnissen während der schlechten Konjunktur gewachsen zu sein. Der Arbeitgeberschutzverband für Rheinland und Westfalen habe auch versucht, den großen Kampf in Berlin für seine Zwecke auszunützen. In Cöln und Düsseldorf wurden Verträge abgeschlossen, mit denen die Kollegen nicht besonders zufrieden sind. Mehr zu erreichen sei aber durch die Spaltung der Arbeiter in mehrere Organisationen nicht zu erzielen gewesen.

Über Agitation berichtete Kollege Meyer. Trotzdem die Vorbereitungen zu Versammlungen im allgemeinen gute waren, seien die Erfolge doch gering. Bis zu Anfang des Jahres 1907 sei die Mitgliederzahl etwas gestiegen, nachdem sei ein ständiger Rückgang zu verzeichnen. Zu Anfang des Jahres 1907 betrug die Mitgliederzahl 7895, am Ende desselben nur 7680. Am günstigsten waren die Erfolge im Siegerland, wo durch rege Mitarbeit aller Kollegen die Mitgliederzahl ganz beträchtlich gestiegen sei. Redner fordert die Delegierten auf, in ihren Zahlstellen für eine bessere Unterstützung des Gauvorstandes Sorge zu tragen.

In der Debatte erklärten sich die Delegierten im allgemeinen mit der Tätigkeit des Gauvorstandes einverstanden. Um die Agitation zu beleben, forderten mehrere Zahlstellen des Ruhrreviers die Anstellung von Bezirksbeamten. In der Abstimmung wurden diese Anträge jedoch abgelehnt.

Angenommen wurden folgenden Anträge: Die Arbeit der Gauvorsteher ist dergestalt zu teilen, daß der eine die Lohnbewegungen und die Agitation im Rheinland, der andere in Westfalen zu leiten hat. Die Referenten erhalten dieselbe Entschädigung wie die Gauvorsteher. Unter den Bürstenmachern am Niederrhein ist eine regere Agitation zu entfalten. Um die Agitation zu beleben, sollen nahe beieinanderliegende Zahlstellen Bezirkskonferenzen abhalten und gegenseitig Hand in Hand arbeiten. Zu den Unterrichtskursen der Generalkommission sollen in Zukunft mehr als bisher ansässige Kollegen aus kleineren Orten zugelassen werden.

Zum dritten Punkt der Tagesordnung: „Unsere Lohnbewegungen und die Entwicklung der Tarifverträge", referierte Kollege Becker-Stuttgart.

Bei der Beratung über die Anträge zum Verbandstag waren sich die meisten Redner mit dem Referenten darüber einig, daß an einer Erweiterung der Unterstützungseinrichtungen und Erhöhung der Beiträge zur Jetztzeit nicht gedacht werden könne. Von den zahlreichen Anträgen zum Verbandstag wurden nur ein solcher auf Ausdehnung der Aufenthaltsunterstützung auf Dortmund angenommen. Auch stimmte die Konferenz einer Protestresolution der Zahlstelle Düsseldorf zu, in welcher gegen die Bekanntmachung des Vorstandes in Nr. 49 der „Holzarbeiter-Zeitung" bezüglich der Voraussetzungen für den Bezug von Arbeitslosen- und Krankenunterstützung Einspruch erhoben wird.

Nach einem kurzen Schlußwort des Vorsitzenden wurde die Konferenz mit einem Hoch auf den Verband geschlossen.

Konferenz des Frankfurter Gaues.

Die Gaukonferenz fand am 8. und 9. Februar in Heidelberg statt. Von 61 Zahlstellen waren 49 durch 70 Delegierte vertreten. Vom Hauptvorstand war Kollege Th. Leipart anwesend. Den Bericht über die Lohnbewegungen erstattete der Gauvorsteher Kollege Buckendahl. Er gab eine detaillierte Übersicht über die einzelnen Bewegungen, aus welcher hervorgeht, daß eine Arbeitszeitverkürzung in den letzten zwei Jahren für 5333, eine Lohnerhöhung für 6857 Kollegen erzielt wurde.

Kollege Weidner berichtete über die Agitationstätigkeit. Die Mitgliederzahl ist infolge der einsetzenden Krise etwas gesunken und beträgt 10 432. Im Gau werden ungefähr 18 500 Holzarbeiter beschäftigt und ist hier somit noch ein großes Feld zu bearbeiten. Besonders in der Pfalz ist das Organisationsverhältnis noch nicht befriedigend. Es ist daher auch leicht begreiflich, daß mit Ausnahme einiger Orte die Arbeitszeit eine lange und die Löhne sehr niedrig sind.

In der Diskussion über den Bericht gab Kollege Leipart eine detaillierte Aufstellung über die eingelaufenen Extrabeiträge, deren Richtigkeit aber von einzelnen Delegierten teilweise bestritten wurde. Als erwähnenswert ist zu berichten, daß alle Delegierten verlangten, man solle bei Lohnbewegungen, welche in Gemeinschaft mit anderen Organisationen, insbesondere den Metallarbeitern, geführt werden müssen, sich über die einzuschlagenden Wege vorher verständigen. Über „Unsere Lohnbewegung und die Entwicklung der Tarifverträge" erstattete Kollege Leipart ein eingehendes Referat. In der Diskussion über das Referat wurde ein von den Hanauer Kollegen gestellter Antrag begründet, nach welchem der Verbandsvorstand ersucht wird, langfristige Tarifverträge mit den Arbeitgebern abzulehnen und insbesondere bei neuen Verträgen die lange Arbeitszeit und schlechte Bezahlung in den kleinen Zahlstellen zu berücksichtigen. Des weiteren wurde der Ansicht Ausdruck gegeben, daß sich die Generalkommission einmal mit der Frage der Taktik bei Lohnkämpfen beschäftige, damit die großen Aussperrungen, die aus kleinen Streiks hervorgehen, aufhören. In seinem Schlußwort bittet Leipart, den Antrag der Hanauer Kollegen abzulehnen, weil der Vorstand gar nicht daran denke, zehnjährige Verträge abzuschließen. Der Antrag wurde insoweit angenommen, als er bei Tarifabschlüssen zunächst die schlechten Lohnverhältnisse der kleinen Städte berücksichtigt wissen will. Ferner wurde beschlossen, den Vortrag Leiparts als Vortragsmaterial drucken zu lassen.

Ein Antrag Darmstadt, der die Einführung der Staffelbeiträge verlangt, wurde abgelehnt. Einige Anträge, welche eine Erhöhung einzelner Unterstützungssätze bezweckten, wurden ebenfalls abgelehnt. Beschlossen wurde jedoch, bei Streiks anstatt wie bisher nur für 3 Kinder in Zukunft bis zu 5 Kindern Unterstützung zu gewähren. Ein Antrag Frankfurt, der dahin lautete, daß innerhalb eines abgeschlossenen Arbeitsgebiets nur eine Zahlstelle zulässig ist und ebenso die Mitglieder gehalten sind, ihre Beiträge an diejenige Zahlstelle abzuführen, wo dieselben beschäftigt sind, wurde nach heftiger und langer Debatte abgelehnt. Ferner wurde noch ein Antrag angenommen, der Einführung beitragsfreier Marken verlangt, welche für Krankheit und Arbeitslosigkeit zu kleben sind, um eine bessere Kontrolle zu haben.

Der letzte Punkt der Tagesordnung „Maifeier" gab ebenfalls Veranlassung zu einer längeren Debatte, in welcher die Bremserlasse des Verbandsvorstandes gerügt und eine energische Agitation für die Arbeitsruhe am 1. Mai verlangt wurde. Ein in diesem Sinne gestellter Antrag wurde abgelehnt. Ebenso auch ein anderer Antrag, der die Zahlung der Gemaßregeltenunterstützung für Maifeiernde schon vom zweiten Tage der ersten Woche verlangt.

In seinem Schlußwort zog der Vorsitzende Kollege Weiß-Mainz ein kurzes Resümee über die erledigten Fragen und schloß mit einem dreifachen Hoch auf die internationale Arbeiterbewegung.

Korrespondenzen.

Alsfeld. In zwei aufeinanderfolgenden Versammlungen beschäftigten sich die hiesigen Holzarbeiter mit dem Antrag auf Gewährung eines Krankengeldzuschusses und Erhebung eines Lokalbeitrags. Beide Versammlungen waren gut besucht und einstimmig wurde beschlossen, ab 1. April einen Lokalbeitrag von 5 Pf. pro Woche zu erheben und einen Krankengeldzuschuß von 2 Mk. nach einjähriger und 4 Mk. nach zwei- und mehrjähriger Mitgliedschaft zu gewähren. — In hiesiger Stadt bestehen noch recht traurige Verhältnisse in den Schreinereien. So konnte zum Beispiel ein Meister seinem Gesellen außer Kost und Logis einen Wochenlohn von 6 Mk. anbieten. Eigentlich sind daran die Schreinergesellen selbst schuld, denn von Organisation wollen die meisten nichts wissen. In erster Linie diejenigen, welche sich nicht mehr zu den gewöhnlichen Arbeitern rechnen, weil sie schon längere Zeit im Betrieb sind und 18 bis 19 Mk. Wochenlohn erhalten, das heißt ohne Kost und Logis. Man kann hier den Kollegen noch so oft erzählen, daß es ihnen schlecht geht, sie glauben's nicht, obwohl sie gezwungen sind, ihre Frauen mitverdienen zu lassen. Wir möchten deshalb den hiesigen Kollegen wieder einmal zurufen: Hinein in den Verband! Die nächste Mitgliederversammlung findet Samstag den 7. März, abends 9 Uhr, im „Goldenen Stern" statt.

Berlin. (Schneidemüller.) Nach einer langen Zeit der Ruhe beginnen sich auch die Schneidemüller Berlins wieder einmal zu regen. Die Block- und Furnierschneider waren früher besser organisiert als heute, die Löhne waren im Verhältnis bessere und die Arbeitszeit mit der der anderen Branchen gleich. Durch gute Konjunkturen und immer gleichen und reichlichen Verdienst wurden die Kollegen gegen die Organisation gleichgültig. Deshalb blieben sie in der Arbeitszeit zurück, und die Unternehmer, die ganz gut wußten, daß sie mit gleichgültigen und unorganisierten Arbeitern zu rechnen haben, verschlechterten nach und nach die Preise. Die anderen Maschinenarbeiter haben sich mittels ihrer Organisation die 52stündige Arbeitszeit und höhere Löhne errungen, während die Schneidemüller 60- und mehrstündige Arbeitszeit haben. Bei den Maschinenarbeitern ist die Akkordarbeit abgeschafft und das Umschauen, was doch am meisten dazu beiträgt, die errungenen Vorteile und Löhne illusorisch zu machen, strikte verboten. Das ist bei den Block- und Furnierschneidern ganz anders, da wird zum größten Teil nur Akkord gearbeitet, und ein Schneidemüller, der strikte nach dem Beschluß der Branche, der sie angehören, handelt und den Arbeitsnachweis benutzt, wird lange auf Arbeit warten müssen, weil offene Stellen nicht gemeldet werden. Sobald eine Stelle frei ist, wird sofort ein guter Bekannter oder Verwandter eines dort beschäftigten Schneidemüllers in den Betrieb hereingeschoben. Jetzt nun, vor kurzer Zeit, haben sich einige Schneidemüller bereit gefunden, in der Kontrollkommission der Maschinenarbeiterbranche zu arbeiten. Nun sollen die Verhältnisse der Block- und Furnierschneider ebenfalls gebessert werden, aber da muß erst tüchtig agitiert werden, daß sich die Schneidemüller dem Deutschen Holzarbeiterverband anschließen. Da muß ganz von vorn angefangen und das Interesse der Kollegen erst geweckt werden. Am Sonntag den 9. Februar fand die erste Schneidemüllerversammlung Groß-Berlins im Gewerkschaftshaus statt, die verhältnismäßig gut besucht war. Der Kollege Stahl hielt ein kurzes Referat, um die Kollegen auf die Notwendigkeit der Organisation hinzuweisen. Es fand eine sehr rege Aussprache statt, und die Kollegen waren alle der Ansicht, daß die Zeit der Krise zur Agitation ausgenutzt werden muß, um zu gegebener Zeit, wenn bessere Verhältnisse eingetreten sind, vorgehen zu können und die Schneidemüller auch auf die Höhe der anderen Maschinenarbeiter zu bringen. Eine in diesem Sinne gehaltene Resolution wurde einstimmig angenommen. Nun, Kollegen, nun liegt es an euch, ob ihr auch als Menschen leben oder im Stumpfsinn weitervegetieren wollt; helft tüchtig mit agitieren in euren Werkstellen, besucht die einberufenen Versammlungen und arbeitet im Sinne der Resolution.

Bremen. Im deutschen Arbeitsmarkte wurden im letzten Halbjahre fortgesetzt tüchtige selbständige Kastenmacher gesucht. Die suchende Firma war, wie sich bald herausstellte, die Wagen- und Karosseriewerke vormals Louis Gärtner (Bremen). Da nun fortgesetzt, selbst aus dem Auslande Stellmacher angeworben wurden, meist aber dem Wunsche des Herrn Gärtner nicht entsprachen und deshalb nach kurzer Zeit den Betrieb wieder verlassen mußten, hielt es die hiesige Branchenleitung der Stellmacher für ihre Pflicht, in Nr. 2 der „Holzarbeiter-Zeitung" auf die Zustände in der Fabrik aufmerksam zu machen, die Kollegen auswärts zur Vorsicht zu ermahnen, um Uneingeweihte vor Schaden zu schützen. Darob nun große Aufregung im Kontor des Herrn Gärtner. In einem Tone, den man sonst bei gebildeten Menschen nicht gewöhnt ist, wurden die im Betrieb arbeitenden Stellmacher aufgefordert, in einem ihnen vorgelegten Schreiben unterschriftlich in der „Holzarbeiter-Zeitung" alles dort Gesagte zu widerrufen. Mit Recht verweigerten die Kollegen dies Ansinnen, denn erstens beruhte das dort Gesagte auf Wahrheit und zweitens waren sie selber ja gar nicht Schreiber der Zeilen gewesen. In Nr. 6 der „Holzarbeiter-Zeitung" haben sich nur die drei Meister bemüßigt gefühlt, das von unseren Kollegen Abgelehnte auszuführen. Dort heißt es: „Laut Lohnbuchausweis sind von dem Gesamtarbeiterstand im September vorigen Jahres von 41 Leuten noch 26 in unserem Betrieb tätig." Die Firma hatte hier übersehen, daß nur die Stellmacher in dem ersten Artikel gemeint waren, von den Stellmachern aber in der Zeit von 15 dort angefangenen nur noch 5 im Betrieb tätig waren. Von den Entlassenen waren 3 Kollegen Mitglieder des Arbeiterausschusses. Als nun der letzte Kollege, der Mitglied des Arbeiterausschusses war, am Samstag den 8. Februar angeblich wegen schlechter Arbeit entlassen wurde, legten sämtliche dort beschäftigte Schmiede, Lackierer, Sattler und Stellmacher, 33 Mann, die Arbeit nieder. Unter keinen Umständen wollte jetzt Herr Gärtner zugeben, daß der Kollege deshalb entlassen wurde, weil er der Sprecher seiner Kollegen gewesen war, an die der Herr Gärtner das Ansinnen stellte, etwas zu widerrufen, dessen Verfasser sie gar nicht waren. Interessant dagegen waren die Gründe, die der Werkführer zur Entlassung des Kollegen anführte. Der Kollege hatte als selbständiger Kastenmacher bereits 2 Wagen gemacht, die zur Zufriedenheit ausgefallen waren, am dritten mußte nun eine Veränderung vorgenommen werden, und bei dieser Veränderung, die nach Angabe sämtlicher dort beschäftigten Kollegen gar nicht anders ausgeführt werden konnte, war eine Fuge nach Ansicht des Meisters nicht auf den richtigen Platz gekommen, und eine Tafel, die von vornherein zu dünn war, nicht mehr dick genug geworden, weil man in der Fabrik den Draufhobel noch nicht kennt. Böswillige Kollegen behaupten sogar, die verschnittene Tafel wäre dem Kollegen extra gegeben, um einen Entlassungsgrund zu suchen, wir wollen nicht so böswillig sein. Da der Kollege nun auf seine Einstellung verzichtete und die Firma einige andere Zugeständnisse machte, nahmen sämtliche sich im Ausstand befindenden Arbeiter am Montag den 17. die Arbeit wieder auf. Aus oben Angeführtem ist nun zu sehen, wie berechtigt der Artikel in Nr. 2 der „Holzarbeiter-Zeitung" war. Unsererseits empfehlen wir den Kollegen, bevor sie Arbeit in Bremen annehmen, sich erst von der Lokalverwaltung genau über alle Verhältnisse orientieren zu lassen.

Duderstadt. Lange genug hat es gedauert, bis sich die Kollegen zu der Einsicht durchgerungen haben, daß nur durch eine gute Organisation die miserablen Lohn- und Arbeitsbedingungen gebessert werden können. Die am Orte bestehende 11stündige Arbeitszeit wird von den Krautern, bei welchen die Kollegen in Kost und Logis sind, bis zu einer 12 und 13stündigen ausgedehnt. Die Löhne sind die denkbar niedrigsten. Dieser unwürdigen Zuständen abzuhelfen, muß die ernste Pflicht der hiesigen Kollegen sein. Und es geht jetzt erfreulicherweise vorwärts. In einer am 16. Februar stattgefundenen Versammlung, in welcher Kollege Trautvetter über die Verhandlungen des diesjährigen Gautags in Erfurt referierte, ließen sich fünf Kollegen in den Verband aufnehmen. In nächster Zeit werden weitere Vorträge, insbesondere über die Notwendigkeit der Verkürzung der Arbeitszeit folgen. Pflicht der Kollegen ist es, den letzten unorganisierten Holzarbeiter in diese Versammlung zu bringen; wenn alle der Organisation angehören, dann muß es auch hier vorwärtsgehen.

Grimma. (Stockmacher.) Von der Stockfabrik Hau werden jetzt Arbeiter gesucht, denen ein Lohn von 40 bis 45 Mk. pro Woche versprochen wird. Dieses Angebot ist um so verwunderlicher, wenn man die seitherigen Verhältnisse in diesem Betrieb betrachtet. Bis zum vorjährigen Streik, der leider ergebnislos verlief, betrug der niedrigste Lohn 3 Mk., der höchstentlohnte Arbeiter erhielt durchschnittlich 5,50 Mk. pro Tag. Daß jetzt so viel zugelegt worden sein soll, ist um so mehr zu bezweifeln, als der Streik durch

den Versuch veranlaßt wurde, 2 Mk. pro Woche abzuziehen. Die Kollegen mögen also der verlockenden Offerte gegenüber die größte Vorsicht üben. Erfreulich ist es, daß die jungen Leute, die jetzt auslernen, sich ohne Aufforderung dem Verband anschließen. Ältere Kollegen mögen sich das zum Vorbild nehmen.

Hamburg. (Korbmacher.) In unserer letzten Versammlung vom 14. Februar wurde zunächst das Andenken des verstorbenen Kollegen Kloß in der üblichen Weise geehrt. Sodann gab der Sektionsführer, Kollege Freudenthal, den Jahresbericht. Das Jahr 1907 war für unsere Sektion in jeder Beziehung lebhaft und arbeitsreich. Es haben 14 Sektionsversammlungen stattgefunden, davon 3 mit Vorträgen, 17 Werkstattsitzungen, 4 Delegiertensitzungen und 18 Lohnkommissionssitzungen, insgesamt 53. Infolge der guten Konjunktur und durch die Geschoßkorbperiode war die Lage des Arbeitsmarktes eine gute. Deshalb stiegen auch die Löhne für die hiesigen Privatarbeiten. Auch die Demiohnbranche konnte ihren Tarif ganz bedeutend erhöhen. Leider waren die Kollegen in letzterer Branche nicht dazu zu bewegen, eine Verkürzung der Arbeitszeit vorzunehmen. Die Erhöhung des Beitrags, welch letzterer hier einige Zeit lang 1,20 Mk. betrug, ist von unserer Sektion ebenfalls gut überstanden worden. Nur wenige sind abgefallen. Wenn wir die in unserem Beruf noch teilweise recht niedrigen Löhne in Betracht ziehen, so können wir dieses Resultat als einen Beweis dafür ansehen, daß der Organisationsgedanke in unserer Sektion tiefe Wurzeln gefaßt hat. Die Neuwahlen ergaben die Wiederwahl des bisherigen Sektionsleiters. Der Bericht über den Stand unserer Lohnbewegung ergibt bisher noch keine wesentliche Veränderung. Die Kollegen sind teils abgereist, teils anderweitig untergebracht. Von ursprünglich 70 sind nur noch 20 Kollegen übrig, welche wir auch bald anderweitig unterzubringen gedenken. Der Berliner Konferenzbeschluß wird von uns unter allen Umständen aufrechterhalten. Notwendig ist es aber, daß der Zuzug nach wie vor streng ferngehalten wird.

— (Vergolder.) In der am 8. Februar stattgefundenen Versammlung der Altonaer Mitglieder hielt Kollege Wirrer einen Vortrag über Arbeits- und Organisationsverhältnisse. In seinen Ausführungen gab der Referent auch einen Rückblick auf die Kämpfe des Vorjahrs, die, wenn sie auch große Opfer erforderten, so doch den endgültigen Sieg auf der ganzen Linie für unsere Kollegen brachte. Ein großer Teil der Vergolder sei bedauerlicherweise durch die notwendige Beitragserhöhung der Organisation verlorengegangen. Andere hätten es vorgezogen, in den Fabrikarbeiterverband, der ja nur 50 Pf. Beitrag erhebt, zu flüchten; dadurch sei den Vergoldern ihre Position wesentlich verschlechtert worden. Auch die Leitung der Sektion habe während des großen Kampfes ihre Pflicht vergessen, die Kollegen aufzuklären, trotzdem die Ortsverwaltung den Sektionsführer mehrfach dazu aufforderte, auch jede Unterstützung demselben zusagte. Heute schon sehen nun die Fahnenflüchtigen ein, daß sie einen Fehler begangen haben. Zum Schlusse ermahnt Redner die Anwesenden, die Werbearbeit für die Organisation nicht aufzugeben und die früheren Kollegen wieder in ihre Reihen zurückzuführen. Die Verwaltung werde für die Vergolder alles daran setzen, um ihre Lage zu verbessern. Nach kurzer Diskussion, in welcher das Verhalten des Sektionsleiters scharf gerügt wurde, versprachen alle Redner, dafür zu sorgen, die frühere Stärke der Sektion wiederherzustellen, denn der berufenste Vertreter der Vergolder ist der Holzarbeiterverband. — Die Vergolder scheinen nun auch einzusehen, wohin sie gehören. Am Sonnabend meldeten sich mehrere Kollegen auf dem Verbandsbureau zur Aufnahme.

— (Stellmacher.) Der große Zuzug von Stellmachern veranlaßt uns, nachdrücklich darauf hinzuweisen, daß die Krise unser Gewerbe besonders scharf beeinträchtigt hat. Den Winter hindurch bis heute war es uns nicht möglich, alle ansässigen Kollegen unterzubringen. Mehrere Dutzend Kollegen liegen seit Wochen beziehungsweise Monaten auf der Straße. Die Innung nützt diese Situation aus, indem die wenigen Plätze, die zu vergeben sind, mit Zugereisten (weil selbige billigere Ausbeutungsobjekte) besetzt werden, während wir unsere Kollegen nach auswärts dirigieren. Die Errungenschaften unserer vorjährigen Bewegung sind zum Teil verlorengegangen. Auf der anderen Seite hat sich der Herrendünkel der Meister gehoben. Unsere Rechte zu wahren und weiter erfolgreich zu operieren, bitten wir die Kollegen, uns durch Fernhaltung des Zuzugs zu unterstützen.

Hirschaid, Oberfranken. Am 9. Februar fand hier eine Versammlung statt, die sich mit der Geschoßkorbfrage beschäftigte. Kollege Stein-Nürnberg schilderte den anwesenden Korbmachern und Heimarbeitern die Submissionsblüten bei der letzten Vergebung von 60 000 Stück Geschoßkörben in Bayern. Die bayerische Militärverwaltung hat nur zwei Firmen berücksichtigt, je eine von Dinkelsbühl und Milwitz, die die Körbe um den Preis von 4,50 Mark übernommen hatten. In Preußen und Sachsen hat es 7 bis 8 Mk. gegeben, deshalb glaubten auch die übrigen Fabrikanten und Meister an dem Preis festhalten zu müssen. Die Erregung war bei den Durchgefallenen ziemlich groß, leider war bei der Uneinigkeit nichts zu machen. Der niedere Preis wird auch bei Vergebung der neuen eckigen Körbe maßgebend sein und hat bereits dazu beigetragen, daß auch in Preußen und Sachsen der Preis für den Korb auf 5,25 Mk. herabgedrückt wurde. Die Schuld an diesen Zuständen tragen die Unternehmer. Wenn die Fabrikanten und Korbmachermeister ebenso zusammenstehen wie die Gehilfen, dann ist es möglich, einen annehmbaren Preis zu halten. Kollege Stein appellierte an die Anwesenden, mitzuhelfen, daß sich die Verhältnisse nicht noch weiter verschlechtern; sie möchten sich der Organisation anschließen. Der Deutsche Holzarbeiterverband hat nach jeder Richtung bewiesen, daß er auch den Korbmachern einen Schutz bietet, wie allen anderen Berufen in der Holzindustrie. — Nach dem Referenten nahm ein christlicher Agitator aus Fürth das Wort, aber nicht etwa, um den Korbmachern zu sagen, was sie tun müßten, um ihre Lage zu verbessern, sondern um getreu den christlichen Grundsätzen für Zersplitterung der Arbeiter zu wirken und um Verwirrung anzurichten. Er machte es dem Referenten zum Vorwurf, daß er es wage, in katholischen Gegenden zu agitieren, redete von dem Verhältnis des Deutschen Holzarbeiterverbandes zur Sozialdemokratie, von der Haltung der bayerischen Reichsräte zu den Lohnforderungen der Eisenbahner und von verschiedenen anderen Dingen, nur über die Korbmacher und die Geschoßkörbe wußte er nichts zu sagen. Der christliche Konfusionsrat wurde zwar vom Kollegen Stein gehörig zugedeckt, aber diese Sorte hat ein dickes Fell. Der Zweck war erreicht, die Korbmacher von einer Besprechung ihrer wirtschaftlichen Lage abgehalten. Die Christen befürchten, daß bei einer sachlichen Auseinandersetzung im Berufe die Leute zu enge Fühlung mit uns bekommen würden und daß sie vielleicht einige Schäflein dabei verlieren könnten, und deshalb muß Zank und Streit in die Versammlungen getragen werden, was auch von den Anwesenden bedauert wurde.

Ingolstadt. Die Kollegen in Ingolstadt leben gerade nicht in glänzenden Verhältnissen. Der Lohn der Schreiner schwankt zwischen 1,70 bis 3,60 Mk. pro Tag bei 9½ und teilweise noch mehrstündiger Arbeitszeit. Die Wohnungsverhältnisse sind gerade auch nicht die besten und billigsten und die Lebensmittelpreise bleiben hinter denen der Großstadt kaum zurück. Kein Wunder, daß schon mancher Kollege Bayerns Donaufeste auf Nimmerwiedersehen verlassen hat, um die dumpfe Luft innerhalb der düsteren Festungsmauern mit der freieren Luft der Landstraße zu vertauschen. Nun aber soll es anders werden, denn jetzt hat auch der Arbeitgeberschutzverband seinen Einzug in Ingolstadt gehalten. Die freie Schreinerinnung Ingolstadt hielt am 20. Februar eine außerordentliche Versammlung ab, um laut Bericht der „Ingolstädter Zeitung" Herrn Schreinermeister Fobbe aus Cöln Gelegenheit zu geben, einen Vortrag zu halten über „Ziele und Zwecke des Arbeitgeberschutzverbandes für das Holzgewerbe in Bayern". Laut Bericht der „Ingolstädter Zeitung" geißelte Herr Fobbe die Uneinigkeit, welche im Handwerkerstand so mächtig um sich gegriffen hat, und suchte seine Zuhörer davon zu überzeugen, wie notwendig es sei, den Organisationen der Arbeitnehmer Schutzverbände entgegenzustellen, nicht etwa um diese Organisationen zu bekämpfen, sondern um den Auswüchsen, welche der Arbeiterterrorismus oft mit sich bringt, energisch begegnen zu können. Wie gut ist doch Herr Fobbe, als Arbeitgeberschutzverbändler will er nicht einmal die Arbeiterorganisationen bekriegen. Glaubt denn der Herr, die Ingolstädter Schreinergehilfen seien über die Vorgänge in anderen Städten gar nicht unterrichtet? Nach den Ausführungen des Herrn Fobbe soll der Arbeitgeberschutzverband ein kräftiges Rückgrat bieten bei Streiks usw., auch die ungerechten Forderungen seitens der Arbeitnehmer würden dann verstummen und ein etwas friedlicherer Geist in die Werkstätten einziehen. Hält etwa Herr Fobbe die seinerzeit gestellten Forderungen auch als ungerecht, nämlich bei der letzten Lohnbewegung, bei welcher die Schreiner um den Neueinhalbstundentag und 3 Mk. Mindestlohn für Erwachsene kämpften? Den Ingolstädter Schreinern aber sei zugerufen: Hinein in den Deutschen Holzarbeiterverband, dieser ist die stärkste Waffe gegen Ausbeutung und Unterdrückung. Die Schreinerinnung ging geschlossen vor, heißt es im Bericht der „Ingolstädter Zeitung"; gut, organisiert euch, dann wird der geschlossenen Unternehmermacht eine noch stärkere Macht gegenüberstehen, wenn diese etwa Gelüste bekommen sollte, unseren Tarif, welcher am 1. April abläuft, durch einen vielleicht noch schlechteren zu ersetzen! Sämtliche Schreinermeister sind dem Arbeitgeberschutzverband beigetreten, deshalb muß unsere Parole sein: Mann für Mann hinein in den Deutschen Holzarbeiterverband.

Lübtheen. Am 16. Februar sollte hier eine Mitgliederversammlung stattfinden, die aber des schwachen Besuchs wegen nicht abgehalten werden konnte. Das ist besonders zu bedauern in einer Zeit, wo jeder Kollege auf dem Posten sein muß. Dabei finden die Versammlungen doch nur alle vier Wochen statt. Die Kollegen sollten sich doch ein Beispiel nehmen an den Arbeitgebern und bedenken, daß diese sich organisiert und dem Arbeitgeberschutzverband angeschlossen haben. Darum, Kollegen, macht das, was ihr in letzter Zeit verbummelt habt, wieder gut und kommt alle pünktlich zur nächsten Versammlung, welche am 17. März, abends 8 Uhr, in der „Reichshalle" stattfindet.

Schönlanke. Einige hiesige Unternehmer scheinen den schlechten Geschäftsgang als Anlaß zu nehmen, um die Löhne zu reduzieren. Im besonderen ist es der Herr Rudolf Bunk, welcher seinen Arbeitern Abzüge in Aussicht stellt und auch schon machen wollte. Dabei ist die Behandlung, die er seinen Arbeitern zuteil werden läßt, unter aller Kritik. Vor kurzer Zeit wurden unseren Kollegen dort Abzüge an allen Akkordpreisen auf Drechslerarbeit angesonnen. Es kam zu einer Verhandlung, bei welcher sich Herr Bunk anfangs sehr schroff benahm, aber bald einlenkte, als er sah, daß unsere Kollegen Ernst machten. Den Beizug eines Vertreters des Verbandes lehnte er jedoch ab. Obwohl Herr Bunk sich geäußert hatte, daß er keine Drechsler brauche, suchte er doch recht eifrig nach Arbeitswilligen, es gelang ihm aber nur einen solchen zu erwischen. Als schließlich unser Gauvorsteher vorstellig wurde, versprach Herr Bunk, den alten Zustand wiederherzustellen. Obwohl er uns in Gegenwart unseres Gauvorstehers erklärte, keinen von unseren Kollegen zu entlassen, hat er jetzt schon einen Kollegen hinausgeekelt. Auf die Musterfabrikordnung wollen wir hier nicht eingehen, nur einige Preise von Herrn Bunk wollen wir unseren Kollegen in Deutschland bekanntgeben. Es wird in Akkord bezahlt für Kugeltischfüße drehen pro Stück 11 Pf., für Tischfüße runde 6 Pf., für kantige ebenfalls 6 Pf. pro Stück, für Bettfüße runde pro Stück 6 Pf., für vierkantige 2½ und 2¾ Pf., für Spindvasen pro 100 Stück 1,50 Mk. — Wir ersuchen alle zureisenden Kollegen, sich bei der Verwaltung zu melden. Das Umschauen ist hier streng verboten. Auch unseren Kollegen am Orte wollen wir zurufen: Besucht die Versammlungen mehr als bisher, laßt alles Persönliche beiseite, denn sonst kommen wir nicht weiter. Im besonderen scheinen die Kollegen der Firma Levy auf ihren Lorbeeren ausruhen zu wollen. Unsere Arbeitgeber sind organisiert, darum sei auch von euch ein jeder Agitator und selbst ein tüchtiges Mitglied. Vorwärts, Kollegen, in die Versammlungen und vorwärts zum Kampfe ums Dasein.

Sonneberg. Mit der inneren Festigung unserer Zahlstelle scheint es nun doch auch vorwärtszugehen, wenn auch die Versammlungen immer noch besser besucht sein könnten. Die trefflichen Winke, die uns in letzter Zeit in bezug auf die Organisationstätigkeit gegeben wurden, werden aller Voraussicht nach bei uns auch durchgeführt werden. Die Werkstattversammlungen, die wir jetzt wieder abhalten, zeitigen mitunter ganz eigenartige Früchte. In der Werkstatt von Georg Sommer, der größten am Orte, treten uns die indifferenten Kollegen in recht eigenartiger Weise entgegen. Unsere Organisationstätigkeit wird uns von den betreffenden Kollegen auf alle mögliche Weise erschwert. Wenn man bedenkt, daß die Kistenschreiner in der unteren Stadt 40 bis 47 Pf. und die bei Sommer 30 bis 32 Pf. erhalten, so müssen wir erklären, daß dieser Betrieb der Hemmschuh für unsere weitere Entwicklung ist. Wir wollen aber nicht ruhen noch rasten, bis auch der letzte Mann zu uns kommt.

Spaichingen. Die Notiz in Nr. 5 der „Holzarbeiter-Zeitung" hat hier die Gemüter nicht wenig aufgeregt. Herr G. Bühler verwahrt sich ganz entschieden dagegen, daß sein Geschäft mit einem Taubenschlag verglichen werden könnte. Es muß auch zugegeben werden, daß die gegenwärtig beschäftigten Kollegen meist schon längere Zeit im Betrieb tätig sind und der Wechsel sich nur auf einzelne Arbeitsplätze beschränkt, die durch Zureisende vorübergehend besetzt wurden. Bezüglich der gemeldeten Differenzen bei Festsetzung neuer Akkordpreise beziehungsweise neuer Arbeitsteilung wurde durch Verhandlung eine Einigung erzielt und ein Tarif zur Anerkennung gebracht. Immerhin dürften die letzten Vorgänge und besonders die Haltung der hiesigen Bevölkerung hierzu jeden Arbeiter von der Bedeutung der gewerkschaftlichen Organisation überzeugt haben. Möge unsere neugegründete Zahlstelle gut gedeihen und die Solidarität der hiesigen Holzarbeiter wachrufen.

Verden. Am 8. Februar fand unsere regelmäßige Mitgliederversammlung statt, welche leider sehr schlecht besucht war. Kollegen, das muß anders werden. Von über hundert Holzarbeitern, die hier am Orte beschäftigt werden, sind nur 37 organisiert, und nur ein Teil von diesen besucht regelmäßig die Mitgliederversammlungen. Sehr seltene Gäste sind die Kollegen der Firma Wöhler. Alle Mühe und Arbeit, diese Kollegen heranzuziehen, war bisher stets vergebens. Aber wenn die Schmarotzer und Speichellecker des Herrn Wöhler mit einer Liste herumgehen zur Einladung für eine Klimbimfestlichkeit, da sind die Kollegen gleich bereit; zu solchen Zwecken haben sie immer Geld und Zeit. Möchten die Kollegen der Firma Wöhler bald zur Einsicht kommen. Herr Wöhler macht keinen Unterschied, ob er einen Familienvater mit zehn Kindern oder einen jüngeren ledigen Kollegen aufs Straßenpflaster wirft, dieses hat er in letzter Zeit stark genug bewiesen. Kollegen bei Wöhler, wir rufen euch zu, werft alle Uneinigkeit und persönlichen Streit über Bord, kommt zu unserer Fahne, und ihr werdet sehen, daß es möglich ist, auch in Verden andere Verhältnisse zu bekommen. Bei der Firma Burdorff heißt es: Schuften und kein Geld. Die Kollegen, die dort in Arbeit standen, hörten meist auf wegen Lohndifferenzen. Wir sind diese Woche darüber mit Herrn Burdorff in Verhandlungen getreten, bei welchen dieser Herr sehr schneidig auftrat. Er sagte unter anderem, lieber wolle er uns einen Knüppel ins Gesicht schlagen, als seinen Leuten Geld zahlen, das sie nicht verdient hätten. Der Lohn wurde bei einigen Kollegen auf 21 Mk. festgesetzt, Burdorff zahlte ihnen aber nur 14 bis 15 Mk. aus, so daß zwei Kollegen das Gewerbegericht anrufen müssen. Erwähnenswert ist auch die Firma Kübke. Dieser Herr ist bestrebt, die Akkordarbeit einzuführen. Die dort beschäftigten Kollegen haben bisher gut getan, es abzulehnen. Wir haben nun erfahren, daß Herr Kübke im „Hannöverschen Tageblatt" Gesellen sucht. Es sind auch drei Kollegen aus Hannover gekommen, um bei ihm in Arbeit zu treten. Es liegt aber kein Bedürfnis vor, sich Leute von auswärts zu holen, da hier am Orte sich mehrere verheiratete arbeitslose Kollegen befinden. Letztere haben auch bei Herrn Kübke um Arbeit nachgefragt, wurden aber nicht eingestellt. Wahrscheinlich hat Herr Kübke von Herrn Wöhler eine besonders gute Empfehlung erhalten. Die Kollegen waren nämlich fünf, zehn, ja fünfzehn Jahre bei Herrn Wöhler beschäftigt, und wollten zuletzt nicht mehr nach seiner Pfeife tanzen. Kollegen in Verden, ihr könnt hier bessere Verhältnisse schaffen, wenn ihr nur wollt. Es muß uns gelingen, alle Kollegen für den Holzarbeiterverband zu gewinnen. Auf zur Agitation!

Wilhelmshaven. Seit einiger Zeit erscheinen in auswärtigen, besonders Berliner Zeitungen des öfteren Inserate, in welchen für die Firma Bremer hierselbst Tischler auf Schreibtische und Büfetts gegen hohen Akkordlohn gesucht werden. Da schon verschiedene Kollegen auf diese Inserate hereingefallen sind, appellieren wir hiermit an die Kollegen allerorts und insbesondere die Berliner, Wilhelmshaven vorläufig zu meiden. Die hier seit 1½ Jahren als notwendige Folge einer fast zwei Jahrzehnte lang betriebenen Überproduktion an Mietshäusern herrschende wirtschaftliche Misere soll von den hiesigen Arbeitgebern jetzt, wo einige Aussicht auf eine kleine Besserung der allgemeinen Lage im Laufe dieses Jahres vorhanden ist, noch dazu benutzt werden, die hier seit 1897 als Haupterrungenschaft eines siebenwöchigen Streiks beseitigte Akkordarbeit wieder einzuführen, woran besonders der Unternehmer Bremer, welcher seit einem Jahre die Fabrikation von furnierten Versandmöbeln neben der Anfertigung von Bautischlerarbeiten betreibt, stark interessiert ist. B., welcher am Sonnabend vor Weihnachten bankrottshalber sämtliche dort beschäftigte Kollegen entließ, stellte einige derselben zu Anfang dieses Jahres wieder ein, mutete ihnen jedoch zu, zu einseitig von ihm beziehungsweise seinem Werkführer festgesetzten minimalen Akkordpreisen die bisher in Lohn hergestellten furnierten Möbel anzufertigen. Die Kollegen lehnten dieses Ansinnen jedoch ab und ersuchten B., mit der Ortsverwaltung unseres Verbandes zur Regelung dieser Streitfrage in Verbindung zu treten, was derselbe nach einigem Sträuben dann auch tat. Von dem Ergebnis der Besprechungen war aber Herr Bremer keineswegs befriedigt, weshalb sich sein Werkführer beschwerdeführend an unseren Hauptvorstand in Stuttgart wandte. Im Auftrage desselben erschien dann der Gauvorsteher, Kollege Willers, um nach nochmaliger Rücksprache mit den bei B. beschäftigt gewesenen und zum Teil wieder arbeitenden Kollegen unter Hinzuziehung des Vorsitzenden der Zahlstelle mit der Firma B. die Angelegenheit zu besprechen. Weil nun die Werkstattversammlung sowohl wie vorher die Generalversammlung trotz des Umstandes, daß derzeit der vierte Teil aller am Orte in Privatbetrieben beschäftigten Kollegen arbeitslos war, die Akkordarbeit abgelehnt hatte, da, wenn in einer Werkstatt dieselbe wieder

eingeführt sei, auch die anderen folgen würden, ferner die Betriebseinrichtungen fast überall sehr rückständige sind, konnte das Resultat der Verhandlungen B. natürlich nicht befriedigen, weshalb er sich an den Arbeitgeberverband wandte und gleichzeitig in auswärtigen Blättern um Arbeitskräfte inserierte, indes die Mehrzahl seiner früheren Gesellen noch jetzt arbeitslos ist und außerdem noch Arbeitslose genügend am Orte sind. Zurzeit schweben nun Verhandlungen mit dem Vorstand des Arbeitgeberverbandes über die eventuelle Ausarbeitung eines Akkordtarifes, die voraussichtlich noch nicht so rasch erledigt sind, weshalb wir hoffen, während der Dauer derselben keinen Zuzug mehr zu erhalten, da, wie aus vorstehendem ersichtlich, zugereiste Kollegen hier arge Enttäuschungen erleben würden.

Zwickau. In den meisten hiesigen Tischlereien ist die 59stündige Arbeitszeit durchgeführt, es gibt aber noch eine Reihe kleinerer Meister, wo noch erheblich länger gearbeitet wird. Zumal in dem Vorort Planitz liegt noch alles sehr im argen. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse sind hier noch dieselben wie vor 10 Jahren. Ein Indifferentismus ist hier noch bei den Kollegen vorhanden, den wegzuräumen es die höchste Zeit wird. Hier muß jeder mithelfen, die Kollegen aus ihrer Gleichgültigkeit aufzurütteln. Dann werden auch bessere Verhältnisse mit Leichtigkeit und ohne großen Kampf Platz greifen. In den hiesigen Zeitungen werden oft Tischler nach Regierungsplatz Nr. 7 gesucht. Dieses Geschäft hat allerdings Ursache, seinen Namen nicht im Inserat zu nennen, denn es steht noch bei mehreren Kollegen in übler Erinnerung; sie warten heute noch auf den verdienten, ihnen auch vom Innungsschiedsgericht zugesprochenen Lohn. Auch die Werkstätte von Louis Mann gleicht einem Taubenschlag. Die Behandlung, die Herr Mann seinen Arbeitern angedeihen läßt, zwingt gerade die jüngeren Kollegen, seinem Eldorado den Rücken zu kehren. Wenn nun Herr Mann glaubt, dadurch, daß er organisierte Arbeiter in seiner Werkstatt nicht mehr einstellt, über alles hinweg zu sein, so dürfte er sich schwer täuschen. Wir werden seiner Werkstatt auch fernerhin die nötige Aufmerksamkeit schenken. Nun, Kollegen, es wäre noch vieles zu sagen, was uns nicht gefällt. Aber wenn alle Kollegen mithelfen, die Lücken der Organisation auszufüllen, dann wird auch die hiesige Tischlerzwangsinnung genötigt sein, unsere Organisation anzuerkennen. Denn nicht überall ist so eine Animosität gegen die Gesellenorganisation vorhanden als hier in Zwickau. Darum, Kollegen, frisch an die Agitation, besucht regelmäßig die Versammlungen, klärt euch gegenseitig auf und stärkt eure Kraft und euer Solidaritätsgefühl im wirtschaftlichen Kampf. Vorwärts, sei die Losung.

Sterbetafel.

Franz Müller, geb. 22. Februar 1858 zu Züschen, gest. 14. Dezember 1907 zu Düsseldorf.

Emil Grunwald, geb. 24. Mai 1872 zu Waldheim, gest. 14. Januar 1908 zu Düsseldorf.

Paul Fleischmann, Tischler, geb. 7. Oktober 1858 zu Rohnstock, gest. 28. Januar 1908 zu Freiburg i. Schl.

Hermann Meierding, Tischler, geb. 26. September 1879 in Lengende, gest. 14. Januar 1908 in Bremen.

Hermann Diedr. Östning, Tischler, geb. 20. Februar 1879 in Hastedt, gest. 13. Januar 1908 in Bremen.

Wilhelm Förster, Drechsler, geb. 28. Oktober 1886 in Birnbaum, gest. 14. Januar 1908 in Bremen.

Heinrich Schroder, Kistenmacher, geb. 2. Oktober 1879 in Bremen, gest. 29. Januar ebenda.

Max Bachert, Tischler, geb. 27. August 1879 zu Demmin, gest. 28. Januar 1908 zu Eutin.

Alfred Wetter, Tischler, geb. 10. Februar 1882 zu Woitz, gest. 25. Januar 1908 zu Schweidnitz.

Karl Heyne, Tischler, geb. 1. September 1869 zu Cassel, gest. 23. Februar 1908 ebenda.

Otto Pawlak, Tischler, gest. 14. Januar 1908 zu Dessau.

Paul Buschmann, Stuhlbauer, geb. 22. September 1881 zu Neuwerder, gest. 7. Februar 1908 zu Klostergeringswalde.

Karl Fuchs, Schreiner, geb. 11. Februar 1841 zu Neubert, gest. 30. Januar 1908 zu Würzburg.

Adam Metz, Maschinenarbeiter, geb. 1. August 1871 zu Arnstein, gest. 28. Januar 1908 zu Würzburg.

Philipp Schneider, Drechsler, geb. 20. September 1887 zu Kitzingen, gest. 21. Januar 1908 ebenda.

Max Wutz, Schreiner, geb. 9. Mai 1875 zu Alburg, gest. 9. Februar 1908 zu München.

Joh. Schober, Schreiner, geb. 26. Januar 1872 zu Mausham, gest. 11. Februar 1908 zu München.

Friedrich Schirmer, Stuhlbauer, geb. 16. April 1842 zu Scharzfeld, gest. 25. Dezember 1807 zu Leopoldsthal bei Detmold.

Anders Andersson, Korbmacher, geb. 14. Juli 1872 zu West Woum (Schweden), gest. 14. Februar 1908 zu Geesthacht.

August Schulz, geb. 30. November 1878 zu Ratzebuhr, gest. 29. Januar 1908 zu Elberfeld.

Otto Reinhardt, geb. 3. November 1885 zu Zschieschen, gest. 28. Dezember 1907 zu Großenhain.

Max Lesche, Tischler, geb. 11. Juli 1873 zu Briesnitz, gest. 13. Februar 1908 zu Stetsch bei Dresden.

Bruno Seifert, Tischler, geb. 27. Oktober 1877 zu Radmeritz, gest. 13. Februar 1908 zu Dresden.

Robert Schmiedel, Tischler, geb. 10. Januar 1877 zu Kainsdorf, gest. 13. Februar 1908 zu Dresden.

Friedrich Gamnitz, geb. 28. Dezember 1852 zu Nauwalde, gest. 14. Februar 1908 zu Dresden.

Paul Bartsch, Tischler, geb. 29. Dezember 1878 zu Hobelschwert, gest. 5. Januar 1908 zu Breslau.

Hermann Dittebrandt, Knopfarbeiter, geb. 2. November 1874 zu Wohlau, gest. 6. Januar 1908 zu Breslau.

Wilhelm Weih, Tischler, geb. 9. Dezember 1878 zu Viernau, gest. 10. Januar 1908 zu Breslau.

Eduard Mayer, Tischler, geb. 20. April 1848 zu Breslau, gest. 9. Januar 1908 ebenda.

Paul Kretschmer, Tischler, geb. 2. Mai 1862 zu Patschkau, gest. 29. Januar 1908 zu Breslau.

Karl Bohnert, Tischler, geb. 9. Dezember 1840 zu Striegelmühl, gest. 7. Februar 1908 zu Breslau.

Michael Sturm, Maschinenarbeiter, geb. 29. August 1869 zu Nürnberg, gest. 13. Februar 1908 ebenda.

Karl Michel, Schreiner, geb. 5. Juni 1883 zu Lödingsen, gest. 15. Februar 1908 zu Nürnberg.

Paul Götz, geb. 19. Mai 1867 zu Velden, gest. 16. Februar 1908 zu München.

Fr. v. d. Berg, Korbmacher, gest. 4. Januar 1908 zu Oldenburg.

Wilhelm Kommol, Tischler, geb. 5. Oktober 1852 zu Seedorf, gest. 12. Januar 1908 zu Braunschweig.

Fritz Olk, Polierer, geb. 5. Januar 1879 zu Rastenburg, gest. 30. Januar 1908 zu Braunschweig.

Fritz Flemm, geb. 28. Oktober 1865, gest. 18. Januar 1908 zu Elberfeld.

Julius Schmargendorf, Korbmacher, geb. 15. September 1840 zu Rehdorf, gest. im Februar 1908 zu Stettin.

Karl Völkel, Tischler, geb. 19. Januar 1852 zu Hermsdorf, gest. 10. Februar 1908 zu Pirna.

Gustav Schäufler, Knopfmacher, geb. 16. Dezember 1886 zu Frankenhausen, gest. 18. Februar 1908 ebenda.

Ehre ihrem Andenken!

Die Ortsverwaltungen.

Unsere Lohnbewegung.

Warnung vor Zuzug!

(Alle Mitteilungen über Differenzen, welche zur Sperrung eines Ortes oder einzelner Betriebe für Verbandsmitglieder Anlaß geben, sind an den Verbandsvorstand zu adressieren. Sie müssen hinreichend begründet und von der Zahlstellenverwaltung durch Unterschrift und Stempel beglaubigt sein.)

Zuzug ist fernzuhalten von:

Tischlern, Maschinen- und Hilfsarbeitern nach Danzig-Langfuhr (Körner), Helmstedt (Saalfeld), Paderborn (Bringschröder und Nellissen), Schwedt a. O., Biel, Bern, Luzern und Zürich in der Schweiz;

Tischlern, Stuhlbauern, Drechslern und Maschinenarbeitern nach Lauterberg a. Harz;

Stellmachern nach Dresden (Wagenfabrik Liebscher), Cöln a. Rh. (Wagenfabrik Utermöhle);

Korbmachern nach Cöpenick (Lemke), Hamburg, Kopenhagen;

Pantinenmachern nach Belzig (Mentzel), Wittstock (Falkenthal);

Klaviermachern nach Liegnitz (Schneider).

In Augsburg ist der Parkettlegerstreik bei der Firma Hoseman beendet. Die Differenzen wurden durch Verhandlungen mit dem Gauvorstand und der Lokalverwaltung dadurch beigelegt, daß die Firma die vorgesehene Akkordpreiserniedrigung zurücknahm und auf die bis jetzt verlegte Arbeit den alten Lohnsatz zahlte. Auf die noch fertigzustellende Arbeit wurde eine Lohnerhöhung von 5 Pf. pro Quadratmeter erreicht, und so wurde die Arbeit mit den alten Kollegen im vollem Umfange wieder aufgenommen.

In Döbeln sind die Differenzen bei der Firma Keßler & Herold durch vom Gauvorsteher Gerlitzke eingeleitete Verhandlungen erledigt. Die Firma hat ihre Forderung, daß die Kollegen aus dem Verband austreten sollen, zurückgezogen und die dieserhalb entlassenen Kollegen bis auf zwei, welche auf Einstellung verzichteten, werden wieder eingestellt. Die Wahl des Arbeiterausschusses soll, nach Branchen geordnet, baldigst stattfinden. Hierauf zogen die übrigen Kollegen ihre Kündigung ebenfalls zurück und ist die über diesen Betrieb verhängte Sperre hiermit aufgehoben.

In Fürth ist Herr Max Offenbacher der einzige Unternehmer, der noch nicht die Organisation als die Vertreterin der Arbeiter anerkennen will, trotzdem die in den letzten Wochen bestandenen Differenzen mit seinen Polivererinnen ihn überzeugen müssen, daß die Organisation einen großen Einfluß hat. Bis zur Einstellung der Arbeit wollte Offenbacher für die von ihm verlangte Mehrleistung nur eine Entschädigung von 4 Pf. bezahlen. Nachdem er aber sah, daß die Kolleginnen mit ihrer Forderung, gestützt auf die Organisation, Ernst machten, war der Widerstand des Herrn Offenbacher gebrochen und er bewilligte die geforderten 10 Pf. Den Kollegen, die das zweifelhafte Vergnügen hatten, die Schleifmaschine bedienen zu müssen, nur einen Pfennig zuzulegen für eine ganz bedeutende Mehrleistung, hat sich Offenbacher nicht entschließen können. Einer dieser Kollegen hat sich schon bei einem Verdienst von 35 bis 39 Pf. pro Stunde eine Lungenkrankheit zugezogen, da Offenbacher trotz Vorschrift noch nicht für die notwendige Staubabführung gesorgt hat. Der Herr Fabrikinspektor wird hier einzugreifen haben. Den neugebackenen Meister Fischer möchten wir darauf aufmerksam machen, daß seine Amtswürde nach Umständen so schnell dahin ist, wie sie gekommen ist, daß es ihm ergehen kann, wie so manchem seiner Vorgänger. Sollte er so weiterarbeiten, wie er begonnen, wird ihm die gebührende Achtung nicht ausbleiben. Den Kolleginnen und Kollegen muß der Erfolg bei Offenbacher ein neuer Ansporn sein, unablässig für die Organisation zu wirken, dann wird auch dieser Unternehmer gezwungen werden können, auskömmliche Löhne zu bezahlen und die Organisation anzuerkennen.

Aus der Holzindustrie.

Karl Meist †

Ganz unerwartet traf uns kurz nach Fertigstellung der letzten Zeitung die Nachricht, daß Karl Meist an den Folgen eines Gehirnschlags am 19. Februar in seinem Wohnort Cöln verschieden sei. Wir hatten ja keine Kenntnis davon, daß Karl Meist, den wir nur als kraftstrotzenden Mann kannten, von dem man annahm, daß ihm ein biblisches Alter beschieden sein werde, seit mehr als Jahresfrist schon mit schwerem Siechtum zu kämpfen gehabt hat, und die Trauerkunde von dem Tode unseres Freundes hat uns deshalb doppelt und schmerzlich überrascht.

In Karl Meist ist uns wieder einer unserer Vorkämpfer entrissen worden. Er war ein Proletarierkind im wahrsten Sinne des Wortes. Im Jahre 1856 in Deutz, der damaligen Schwesterstadt Cölns geboren, lernte er früh schon die Not des Lebens kennen. In Kalk erlernte er das Schreinerhandwerk; nach beendeter Lehrzeit ging er, ein bei Cölner Handwerkern seltener Brauch, längere Zeit auf die Wanderschaft. Schon frühzeitig trat er in die Arbeiterbewegung ein; sein um wenige Jahre älterer Bruder, der in den 70er Jahren schon eine hervorragende Rolle in der Partei und Gewerkschaftsbewegung spielte — war dieser doch schon auf dem Frankfurter Tischlerkongreß im Jahre 1876 und auf der Generalversammlung des Bundes der Tischler usw. Deutschlands in Hamburg 1877 von den Cölner Schreinern mit ihrer Vertretung betraut worden —, war ihm darin stets ein leuchtendes Vorbild.

Bereits in den ersten Jahren des Sozialistengesetzes, zu einer Zeit, wo es sehr schwer war, sich der sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Bewegung zu widmen, entfaltete Karl Meist eine rührige agitatorische und organisatorische Tätigkeit. Seinem rastlosen Eifer war es mit zu verdanken, daß die Cölner Schreiner sich im Jahre 1882 eine Organisation, einen Fachverein schaffen konnten, dessen erster Vorsitzender er auch war. Als dann zu Weihnachten 1883 die deutschen Tischlervereine zu einem Kongreß in Mainz zusammentraten, da war Karl Meist als Vertreter des Cölner Schreinerfachvereins der Tätigsten einer. Er war mit dabei, als unsere Organisation gegründet wurde, er bekleidete auch in der Geschäftsperiode 1884/85 das wichtige Vertrauensamt des Vorsitzenden des Ausschusses des Tischlerverbandes. Und auf den beiden ersten Verbandstagen des Tischlerverbandes, in Offenbach und Gotha, wurde ihm neben seinem Freunde Karl Kloß die Leitung der Verhandlungen übertragen. Auf dem Gothaer Kongreß hielt Karl Meist ein Referat über „Die Stellung der deutschen Tischler zu den Innungen". Schon diese wenigen Daten aus dem Leben des Verstorbenen zeigen, daß wir es in ihm mit einem Kollegen zu tun haben, der sich um unsere Organisation große Verdienste erworben hat. In der Folgezeit allerdings wurde sein Interesse mehr von der Parteibewegung gefesselt.

Überall, wo es galt, die Position der Partei zu festigen, da stellte er seinen Mann, Rücksichten auf seine Existenz wie auf seine Gesundheit konnten ihn davon nicht abhalten. Und er hat für die Partei sehr erfolgreich gearbeitet. Verfügte er doch über eine seltene Rednergabe, und dadurch wie durch seine vorzüglichen Charaktereigenschaften hatte er sich unter der Arbeiterschaft wie im Bürgertum großes Ansehen, Zuneigung und Achtung errungen. Das kam ihm bei seiner Agitation für die Partei immer wieder zugute. Seit rund 20 Jahren kandidierte Karl Meist auch für die Partei bei kommunalen, Landtags- und Reichstagswahlen. Zweimal, von 1893 bis 1895 und von 1903 bis 1906 hat er den Wahlkreis Remscheid-Lennep-Mettmann im Reichstag vertreten. Dort trat er weniger hervor, um so mehr aber auf den Parteitagen, an denen er wohl sämtlich teilgenommen hat und wo er stets in die wichtigeren Verhandlungen eingriff.

Hervorgehoben soll übrigens werden, daß Karl Meist, so wenig er in den letzten Jahren an unserer gewerkschaftlichen Bewegung aktiven Anteil nahm, er doch stets die Mitgliedschaft im Verband hochgehalten hat. Auf unsere Organisation, der er die ersten Jahre seiner öffentlichen Tätigkeit in der Hauptsache gewidmet hatte, war er immer sehr stolz, und innige Beziehungen verbanden ihn jederzeit zu den Führern unseres Verbandes, besonders zu unserem Kollegen Karl Kloß. Wir haben ihm viel zu verdanken, und wenn die Vorkämpfer unserer Bewegung genannt werden, die in schwerer Zeit den Verband aufrichteten als ein festes Bollwerk für die Kollegen, da wird man auch Karl Meists ehrenvoll gedenken.

Zur Trauerfeier für den Kollegen Kloß sind eine solche Menge von Kranzspenden eingegangen, daß die in voriger Nummer abgedruckte Liste sehr unvollständig ist. Außer von den dort erwähnten Körperschaften wurden noch Kränze niedergelegt: Von sämtlichen Gauvorständen, von den Verbandszahlstellen: Stuttgart, Göppingen, Luckenwalde, Darmstadt, Heilbronn, Tilsit, Waldheim, Feuerbach, Düsseldorf, Eßlingen, Ludwigshafen, Straßburg, Kiel, Bremerhaven, Zuffenhausen, Mannheim, Bremen, Harburg, Lübeck, Altenburg, Bergedorf, Güstrow, Wandsbeck, München, Kaiserslautern, Hamburg, Lüneburg, Ulm, Heidelberg, Helmstedt, Schwerin, Nordhausen, Hildesheim, Liegnitz, Teterow, Landsberg a. W., Cöslin, Peine. Parkettleger Hamburg. Kollegen der Firma Neumann & Cie., Altona-Ottensen. Von den Zentralverbänden der Glaser, Bildhauer, Gemeindearbeiter, Gärtner, Hafenarbeiter, Schuhmacher, Friseurgehilfen, Maurer, Maschinisten und Heizer, Buch- und Steindruckereihilfsarbeiter, Zigarrensortierer, Metallarbeiter, Schmiede, Angestellte des Metallarbeiterverbandes, Vereinigte Gewerkschaften Stuttgart, den Stuttgarter Zahlstellen der Verbände der Handschuhmacher, Gemeindearbeiter, Transportarbeiter, Glaser, Schuhmacher, Textilarbeiter, Buchdrucker; ferner vom Gewerkschaftskartell Hamburg-Altona und von den Hamburger Zahlstellen der Transportarbeiter, Fabrikarbeiter, Hafenarbeiter, Gemeindearbeiter, Schneider. Freie Gast- und Schankwirte. —

Sozialdemokratische Partei Badens, sozialdemokratische Fraktion des badischen Landtags, sozialdemokratische Landtagsfraktion Bayerns, erster, dritter, sechster, elfter und dreizehnter württembergischer und siebzehnter hannoverscher Reichstagswahlkreis sozialdemokratische Gemeindevertreter Stuttgarts, sozialdemokratische Vereine Feuerbach, Göppingen, Kemnat, Eßlingen, Geislingen, Tuttlingen, Bezirk Norden (Stuttgart). Zentralkranken- und Sterbekasse der Tischler, Klara Zetkin, Familie Eitzinger-Nürnberg, Liedertafel „Lassallia", Gesangverein „Freiheit", Stuttgarter Straßenbahnen.

Die Unternehmungslust im Holzgewerbe hat nach der „National-Zeitung" im Jahre 1907 keine Eindämmung erfahren. Vielmehr ist die Gründungstätigkeit gegenüber 1906 gestiegen, wie sich aus der Zunahme des in Aktiengesellschaften und Gesellschaften m. b. H. neu investierten Kapitals ergibt. Diese Summe, die teils durch Neugründungen, teils durch Kapitalserhöhungen erfordert wurde, stellte sich in den letzten beiden Jahren wie folgt:

	Zahl der Gesellschaften	Kapital in Mark
1906	101	16 140 000
1907	126	27 612 000

Die Zunahme der Unternehmungslust hat nicht zuletzt ihren Grund darin, daß bei den Betrieben des Holzgewerbes, die in der Form von Aktiengesellschaften bestehen und ihr Geschäftsjahr Ende 1906 respektive Juni oder September 1907 abschließen, die Rentabilität durchschnittlich noch kräftig gewachsen ist. Bei 57 Aktiengesellschaften der Holzindustrie, die zusammen ein Kapital von 82,025 Millionen Mark repräsentieren, wurden 1906/07 8 Millionen oder 9,9 Prozent Dividende zur Verteilung gebracht gegen 7 Millionen oder 8,8 Prozent in der entsprechenden Vorjahrszeit. Die Steigerung der Rentabilität bewirkte auch, daß trotz ungünstiger Aussichten im Holzgewerbe die an der Berliner Börse gehandelten Aktien von holzindustriellen Gesellschaften keine so erheblichen Kurseinbußen erlitten wie in den meisten anderen Gewerben. Zwar ging der Kurs von 241,76 Ultimo Dezember 1906 auf 234,08 Ultimo Dezember 1907 zurück, aber immerhin war im September der Kurs höher als im Januar. In den einzelnen Monaten stellte sich nämlich der Ultimokurs für die Aktien der holzindustriellen Gesellschaften auf:

Dezember	1906	241,76	Juli	1907	226,22
Januar	1907	236,98	August	„	224,19
Februar	„	232,06	September	„	237,15
März	„	230,41	Oktober	„	228,97
April	„	235,50	November	„	232,12
Mai	„	227,90	Dezember	„	234,08
Juni	„	227,70			

In der entsprechenden Vorjahrszeit war der Kurs allerdings um 32,55 Prozent des Nominalkapitals gestiegen, während im Jahre 1907 eine Entwertung des im Holzgewerbe investierten Kapitals eingetreten ist.

Entwicklung der Spielwarenindustrie. Unglaublich rasch hat sich die deutsche Spielwarenindustrie zur bedeutenden Exportindustrie ausgebildet. Noch Mitte der neunziger Jahre wurde der Wert der jährlichen Spielwarenproduktion auf 70 Millionen Mark geschätzt, wovon etwas mehr wie die Hälfte zur Ausfuhr gelangte. Seither ging es rasend vorwärts. 1892 bezifferte man den Spielwarenexport auf 27,6 Millionen Mark, 1896 auf 40, 1899 auf 43, 1900 auf 53,4, 1906 auf 70,5 und 1907 dürften es schon 76 Millionen sein, wenn nicht mehr. So stark wie die Ausfuhr, die in den letzten 15 Jahren um etwa 117 Prozent gestiegen ist, hat der Absatz in Deutschland nicht zugenommen. Aber immerhin hat sich der Verbrauch auch da recht befriedigend entwickelt. Den ursprünglichen Zentren der Industrie in Nürnberg-Fürth, Sonneberg und im sächsischen Erzgebirge, die hauptsächlich den Export versorgen, haben sich neue Gebiete in Schlesien, Brandenburg und der Rheinprovinz gesellt, die fast ausschließlich für den Inlandsbedarf arbeiten. Während man die Gesamtproduktion für 1906 mit 115 Millionen Mark bewertet, schätzt man den Ausfuhrwert auf über 70 Millionen Mark, so daß also für 40 bis 45 Millionen Mark auf den heimischen Konsum entfiele.

Holzindustrie Albert Maaßen, Akt.-Ges., in Duisburg. In der außerordentlichen Hauptversammlung vom 21. Januar wurde einstimmig die Auflösung der Gesellschaft beschlossen. Maßgebend für diesen Beschluß ist einmal die ungünstige geldliche Lage der Gesellschaft, welche sich auch nach der vor zwei Jahren erfolgten durchgreifenden Neuordnung der geldlichen Verhältnisse nicht gebessert hat. Sodann läßt die schlechte Lage des Holzmarktes und des Baugewerbes durchgreifende Besserung der Verhältnisse und damit die Hoffnung auf gewinnbringenden Betrieb fürs erste nicht zu. Der bisherige Vorstand der Gesellschaft wurde zum Liquidator ernannt.

Schneider & Hanau, Akt.-Ges., Frankfurt a. M. Nach dem Bericht war die Fabrik während des ganzen Jahres 1906/07 voll beschäftigt; der ziffernmäßig nicht genannte Umsatz weist gegen das Vorjahr eine Steigerung auf. Das Zweiggeschäft in Berlin habe nicht zur Zufriedenheit gearbeitet, weshalb im dortigen Betrieb Änderungen vorgenommen wurden, von welchen sich die Verwaltung eine günstige Wirkung verspricht. Der Bruttogewinn hat sich von 399 280 Mk. auf 494 460 Mk. gehoben. Nach Abzug der Unkosten und nach 35 250 Mk. Abschreibungen verbleibt einschließlich 42 451 Mk. Vortrag ein Reingewinn von 193 846 Mk. (im Vorjahr 167 686 Mk.). Die Dividende wird ungeachtet des besseren Ergebnisses mit **5 Prozent** vorgeschlagen gegen 7 Prozent im Vorjahr, und zwar, wie die Verwaltung bemerkt, im Hinblick auf die unvorteilhafte allgemeine Geschäftslage. Außerdem wurde ein größerer Teil des Gewinnes zu Reservestellungen verwendet. Der Eingang der Aufträge im laufenden Jahre entspreche dem Vorjahr.

Gewerkschaftliches.

Eine internationale Streikstatistik,

die auch für unsere Leser von Interesse ist, bietet Dr. Maximilian Meyer in seinem von uns schon besprochenen Buche über Statistik der Streiks und Aussperrungen im Inland und Ausland. Meyer kommt dabei zu dem Ergebnis, daß Deutschland das streikärmste Land ist. Der Verfasser gruppiert die Zahlen der Streikteilnehmer und berechnet sie um auf 1000 Erwerbstätige des betreffenden Landes nach der jeweils letzten Zählung. Seine Zusammenstellung gestaltet sich wie folgt:

		Durchschnittliche Zahl der Streikenden pro Jahr	Es kommen Streikende auf je 1000 Erwerbstätige
Deutschland . . .	1900 bis 1904	86 212	8,1
Österreich . . .	1900 „ 1904	55 582	13
Frankreich . . .	1900 „ 1904	176 226	22
Belgien	1900 „ 1904	20 107	12
Italien	1900 „ 1903	148 059	28
England	1900 „ 1904	102 596	8,3
Vereinigte Staaten von Nordamerika	1896 „ 1900	281 275	24

Die stärkere Beteiligung der englischen erwerbstätigen Bevölkerung an Streiks gegenüber der deutschen ist das sozialpolitisch interessanteste Merkmal der Statistik. Allgemein herrscht die Meinung vor, in England mit seinen zahlreichen (freiwilligen) Einigungsämtern und seiner geringeren sozialdemokratischen Bewegung würde die Arbeiterschaft weniger von Streiks ergriffen wie in Deutschland. Meyer weist nach, daß das Gegenteil richtig ist.

Hervorgehoben zu werden verdient auch: in England stagniert die Mitgliederzahl der Trade Unions seit 1900. Dagegen hob sich die Zahl der freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter in Deutschland 1900 bis 1904 von 680 427 auf 1 052 108. Diese enorme Steigerung der Mitgliederzahl der deutschen Gewerkschaften findet in der Streikstatistik nicht ihren entsprechenden Ausdruck.

Allerdings darf bei Prüfung der Meyerschen Zahlenzusammenstellung nicht außer acht gelassen werden, daß in der zum Vergleich angeführten Periode in Deutschland eine wirtschaftliche Krisis herrschte, die die Gewerkschaften zu größter Vorsicht bei Streiks zwang, was in anderen Ländern keineswegs der Fall war; ferner daß die Zahlen der deutschen Streikstatistik naturgemäß niedrig erscheinen bei der Unmöglichkeit für die deutsche Landarbeiterschaft, ihre wirtschaftlichen Interessen durch Koalitionen zu fördern, und daß schließlich die Stärkung der Organisationen in Deutschland die Anwendung des Mittels des Streiks im wirtschaftlichen Kampfe nicht in dem Maße erforderlich machte als in einer früheren Periode oder in Ländern mit einer verhältnismäßig schwachen Gewerkschaftsbewegung. Immerhin zeigt ein Vergleich der deutschen mit den englischen Ziffern, daß wir uns vor der englischen Gewerkvereinsbewegung sicher nicht zu verstecken brauchen.

Auch hinsichtlich des Umfanges der einzelnen Streiks stellt sich nach der Meyerschen Zählung eine geringere Streikbeteiligung in Deutschland heraus. Es entfielen auf jeden Streik Teilnehmer in:

	1900	1901	1902	1903	1904	1905
Deutschland . .	86	52	51	61	61	170
Österreich . . .	347	92	141	142	155	139
Frankreich . . .	247	213	415	217	264	—
Belgien	222	304	149	113	153	—
Italien	211	189	244	199	—	—
England . . .	209	174	264	242	159	198

Die ausnahmsweise hohe Zahl in Deutschland für 1905 resultiert lediglich aus dem großen Ruhrbergmannsstreik mit 231 453 Beteiligten. Im übrigen bleibt Deutschland bezüglich der Zahl der Streikteilnehmer weit hinter den anderen Ländern zurück. Die Behauptung der Scharfmacher, in Deutschland würden „immer größere Machtkämpfe" von den „sozialdemokratischen Streikvereinen" inszeniert, ist also durchaus unwahr. Meyer konstatiert: „Die Streiks hatten in Deutschland die geringste Ausdehnung." An fast drei Viertel aller Streiks waren nur bis 50 Arbeiter beteiligt. Da im selben Zeitraum die Gewerkschaften die bedeutendste Ausdehnung erfuhren, hat die Arbeiterorganisation nicht die Wirtschaftskämpfe verbreitert, sondern eingeschränkt.

Ganz anders sieht es mit den Aussperrungen aus. Dieses von den Generalsekretären der Unternehmerverbände besonders lebhaft propagierte Kampfmittel hat in Deutschland eine gewaltige Ausdehnung erfahren.

Es betrugen die

	Aussperrungen	Zahl der Ausgesperrten
1899	28	5 298
1903	96	33 273
1905	263	118 665

Wenn eine Gefahr für das Wirtschaftsleben Deutschlands besteht, so droht sie nicht von den Arbeiterorganisationen, sondern von den Unternehmerverbänden. Die Gewerkschaftsführer drängen immerfort auf Verhandlungen mit den Unternehmern, bevor überhaupt ein Streik proklamiert wird. Entgegengesetzt drängen Sekretäre der Unternehmerverbände mit fanatischem Eifer zur Ablehnung jeder Verhandlung, zur Nichtanerkennung der Arbeiterorganisationen und reizen die Mitglieder der Arbeitgeberverbände zu immer größeren Aussperrungen auf. Wer unter diesen Umständen als „gewerbsmäßiger Hetzer" bezeichnet werden darf, kann dem Beobachter der Wirtschaftskämpfe nicht zweifelhaft geblieben sein.

Der Gastwirtsgehilfenverband hat im letzten Jahre seine Mitgliederzahl von 6309 auf 6702 gesteigert. Das bedeutet eine Zunahme um 393 Mitglieder. Das Verbandsvermögen belief sich Ende 1906 auf 53 808 Mk., Ende 1907 auf 70 590 Mk., auch hier also ein erfreulicher Fortschritt.

Der Portefeuillerverband hatte im Jahre 1907 einen kleinen Mitgliederrückgang zu verzeichnen, denn seine Mitgliederzahl verringerte sich im Laufe des Jahres von 3977 auf 3895. Seine Einnahme belief sich auf 73 655 Mk., seine Ausgabe auf 39 332 Mk. Das Vermögen des Verbandes stieg demgemäß im Jahre 1907 von 97 865 Mk. auf 132 187 Mk.

Der Tapeziererverband schreibt einen Extrabeitrag von 2 Mk. pro Mitglied aus, welcher in vier Raten à 50 Pf. im Laufe des Frühjahres zu zahlen ist. Veranlaßt ist dieser Extrabeitrag durch die hohen Kosten der vorjährigen Lohnkämpfe und durch die verhältnismäßig großen Summen, welche für die Arbeitslosenunterstützung erforderlich sind.

Eingesandt.

Zur brennenden Frage.

In Nr. 2 dieses Jahrganges schneidet die Redaktion eine Frage an, die schon längst und mit mehr Nachdruck in unserem Organ hätte diskutiert werden müssen, denn sie ist nicht neu, sondern älteren Datums im Verband. Brennend ist sie ja jetzt allerdings dadurch geworden, weil heute im Verbandsleben Begleiterscheinungen mit auftreten, die wir früher nicht gekannt und nicht vermutet hätten. Dies ist wohl auch der Grund, warum man sich jetzt endlich gezwungen sieht, öffentlich Stellung zu nehmen.

Der Fluktuation der früheren Jahre lagen jedenfalls ganz andere Ursachen zugrunde, als es heute der Fall ist. Die Organisation war in sich nicht gefestigt, das Häuflein klein, der Erfolg des Lohnkampfes konnte oftmals nicht dauernd aufrechterhalten werden, durch Unterstützungen oder etwa durch längere Mitgliedschaft erworbene Rechte wurde keiner gefesselt; wir steckten ja noch in den Kinderschuhen gewerkschaftlicher Entwicklung, und so waren wohl Gründe vorhanden, die Fluktuation vor 10, 12 Jahren zu erklären. Und dennoch. — Der Geist des kleinen Häufleins von damals, er war ein anderer. Eine andere Begeisterung, ein anderer Idealismus war vorhanden, half uns leichter über manche Schwierigkeiten hinweg, wo es heute schwerer hält.

Wir haben nun heute noch Tausende von Kollegen, die einst mitaufgebaut, mitgearbeitet haben, schwere Opfer gebracht und die doch heut beiseite stehen — als zahlende Mitglieder. — Hat ihnen die heutige Organisation eine Enttäuschung gebracht? Für viele, ja! Man kannte sich eben früher gegenseitig in der Organisation weit besser aus im allgemeinen Verkehr. Mußte man auch in einem oft wenig einladenden Lokal verkehren, in dunst- und qualmgeschwängertem Raum, man fühlte sich dort wohl, und die Kollegen verkehrten auch durchschnittlich alle dort. Ein ganz anderes Band des Zusammengehörens fesselte die Kollegen als heute.

Jetzt, bei der großen Masse, hat sich dies total verändert. Zu den Tausenden von Mitgliedern aus Überzeugung sind die aber Tausende von Mußmitgliedern, Gleichgültigen usw. gekommen, die wohl den Nutzen der Organisation einsehen, aber von einem ganz anderen Standpunkt aus. Hier spielt der deutsche Michel in gewerkschaftlicher und politischer Beziehung noch eine sehr große Rolle, und die Schlafmütze gehört ja mit zum eisernen Bestandteil des deutschen Volkes.

Nun haben sich bei der letzten Bewegung der Berliner Kollegen betreffend der jüngeren Mitglieder Erscheinungen gezeigt, von denen man im vorigen Jahre noch schrieb, daß sie wo anders nicht möglich seien. Heute schreibt man allerdings, daß die prozentuale Fluktuation im ganzen Verbandsgebiet darauf hindeute, daß derartige Zustände nicht bloß in Berlin anzutreffen seien, und das entspricht auch vollkommen den Verhältnissen, man soll deshalb nicht versuchen, sich darüber hinwegzutäuschen, es würde sich bitter rächen.

Aus welchen Ursachen heraus mögen sich denn nun unsere Verhältnisse entwickelt haben, die wir für so beklagenswert erachten? Lag die Möglichkeit vor, sie zu verhüten, oder müssen wir alles als historische Entwicklung hinnehmen? Das letztere dürfen wir wohl, wenn auch in beschränktem Maßstabe, verneinen.

Unsere sich zur heutigen Größe entwickelte Organisation mußte in sich selbst sich vielfach ändern, mußte mit der Zeit fortschreiten, aber über diesen Weg sind die Kollegen leider wenig aufgeklärt. Ein einmal die Woche erscheinendes Organ kann hierüber nicht die genügende Aufklärung verbreiten, und eine gewerkschaftliche geschichtliche Literatur besitzen wir leider nicht. An diesem Fehler krankt allerdings, mit wenig Ausnahmen, die ganze deutsche Gewerkschaftsbewegung. Diese Lücke können Verbandstagsprotokolle, Jahrbücher, Statistiken, Konferenzprotokolle und Vorträge über unsere geschichtliche Entwicklung nicht im entferntesten ausfüllen.

Vor 10, 12 Jahren war man noch eher imstande, in den Versammlungen in dieser Hinsicht wirken zu können. Die Verwaltungen standen in weit engerem Verkehr mit dem Hauptvorstand, zum Beispiel beschlossen früher noch die Verwaltungen über Genehmigung von Lohnbewegungen, dies hat sich alles ändern müssen. Heute hört man wohl, was der Gauvorstand sagt, aber nicht, was der Hauptvorstand denkt. So war man früher weit enger mit der Gesamtbewegung verbunden und hatte auch in den Versammlungen viel mehr Zeit, sich damit zu beschäftigen. Dadurch war es aber weit eher und besser möglich, die jüngeren Kollegen zu erziehen und heranzubilden. Der jüngere Kollege wurde aber auch weit vollberechtigter angesehen als heute, der redebegabte nicht hinter anderen zurückgestellt. Man huldigte eben nicht, wie vielfach heute, dem Grundsatze: Du sollst nicht andere Götter haben neben mir. Wir bedürfen eben fortwährend frischen Blutes und neuer Gedanken. Platzten aber auch mal die Gegensätze aufeinander, und es wurde früher gründlicher und heftiger diskutiert als heute, so bezeichnete man noch lange nicht die Kollegen als Protestler.

Man konnte früher zum Beispiel in der Generalversammlung einen lehrreichen Vortrag halten lassen, der Jahresbericht war kurz, man hatte ja alles miterlebt, Verwaltung, Lohnkommission war bald gewählt, damit war man meist zu Ende, man war fürs neue Jahr vorbereitet. Heute dagegen — über was muß nicht alles berichtet werden, wie groß ist jetzt das Tätigkeitsfeld geworden. Arbeitsnachweis, Kranken- und Arbeitslosenunterstützungen, welche Arbeit haben sie nicht für die Verwaltung gebracht, wieviel Versammlungen müssen sich damit beschäftigen, der Beamte ist zur zwingenden Notwendigkeit geworden, und so ist auch

alles, entsprechend der Größe unserer Organisation, ins sogenannte Breite gegangen, die Kollegen kümmern sich nicht mehr um alles, und der jüngere Kollege lebt sich nicht mehr recht ein, aus der Diskussion in der Versammlung ist er beinahe vollstandig verschwunden.

Auch unsere Tarifbewegung hat hierbei ihre Schattenseiten gezeitigt, das wollen wir uns nicht verhehlen. Ein großer Teil von Kollegen glaubt eben, nach Abschluß eines Vertrags vollberechtigt zu sein, sich auf die Bärenhaut zu legen, in den 2 oder 3 Jahren ist ja doch nichts mehr zu ändern, denken sie. Handelt es sich in der Versammlung um innere Angelegenheiten der Zahlstelle, sind sie zu bequem hinzugehen, der Beitrag wird ja im Hause abgeholt, die Zeitung gebracht, aber nicht gelesen, ja wenn einmal ein guter Vortrag gehalten wird, dann wollen sie auch kommen, aber bald wird auch dieses vergessen. Der junge Kollege nimmt sich dies auch bald zum Muster, was soll er allein in die Versammlung gehen, während seine anderen Kollegen zu Hause bleiben und es für zwecklos erklären, hinzugehen. Um seinen Lohn braucht er kaum noch ein persönliches Opfer zu bringen, dies ist schon durch Vertrag geregelt oder der Werkstattdelegierte springt ein, und so wird er nicht zum Kämpfer in unseren Reihen erzogen. Heute bei der kürzeren Arbeitszeit, der Arbeitshast ist Agitation in der Werkstatt oft unmöglich, und so vergrößert sich das Heer der nur zahlenden Mitglieder tagtäglich. Früher, als unsere Abrechnungen noch in der „Holzarbeiter-Zeitung“ veröffentlicht wurden, interessierten sich unsere älteren Kollegen sehr dafür, man sah jede Zahlstelle nach, wo man einst gewesen, alte Reiseerinnerungen tauchten wieder auf, wurden wieder durchlebt, und dem jüngeren blieb es im Gedächtnis haften — vorbei sind diese Zeiten. So vieles von unserem inneren Verbandsleben muß heute in die Verwaltungs- und Vertrauensmännersitzungen verlegt werden, in Rücksicht auf Arbeitgeber und andere Gegner behandelt man es nicht mehr öffentlich. Hier wird aber des Guten oftmals zu viel getan, und dadurch schwindet in der Masse das Interesse am Verbandsleben.

Die Leitung unseres Verbandsorgans trägt aber ebenfalls ein Teil schuld an unseren Zuständen, denn geschichtliche, nationalökonomische Artikel sind nicht im Überfluß in unserem Organ zu finden, worunter Verwaltungen wie Mitglieder leiden. Ein großer Teil von Kollegen ist aber ebenso schuldig, die das ganze Jahr nicht mit der geringsten Arbeit an unserem Organ mitarbeiten, die einen reichen Schatz an Erfahrung und Beurteilung besitzen, aber außer einer Agitationstour nicht zu sprechen sind. Von unseren überlasteten Beamten kann und wird man dies nicht verlangen, aber es sind doch auch noch andere Kollegen da.

Wird der Verbandstag hierin etwas Wandel schaffen? Viel nicht. Denn die Zeit zu ausreichender Diskussion ist dort nicht vorhanden. Aber vieles könnte die geistige Leitung der „Holzarbeiter-Zeitung“ tun, hoffentlich kommt sie über einen Versuch hinaus. Denn daß es so nicht weitergehen kann, ist jedem klar. Von unseren Kollegen darf man aber auch erwarten, daß sie mitarbeiten wenn es gilt eine brennende Frage zu lösen.

Feller-Hannover.

Literarisches.

Das Protokoll über die Verhandlungen des preußischen Parteitags ist im Verlag der Buchhandlung Vorwärts erschienen. Verhandelt wurden auf diesem Parteitag: Die Organisation in Preußen. — Die bisherige Tätigkeit des preußischen Landtags und die Wahlrechtsfrage in Preußen. — Die Landtagswahlen 1908. — Die Lage der Staatsarbeiter in Preußen. — Selbstverwaltung und Gemeinde. — Wir empfehlen das Protokoll, das reichhaltiges Material zur Beurteilung der preußischen Staatszustände darbietet.

Der Preis für die gute Ausgabe beträgt 2 Mk.; eine billige Ausgabe für Vereine usw. kostet 50 Pf.

Arbeitergesundheitsbibliothek. Heft 14: **Die Verhütung und Heilung des Stotterns.** Heft 15: **Dr. Julian Markuse, Die geschlechtliche Erziehung in der Arbeiterfamilie.** — Jedes Heft der Arbeitergesundheitsbibliothek kostet 20 Pf. Jede Parteibuchhandlung und jeder Kolporteur liefert auf Bestellung die Hefte.

J. Stern, Die Philosophie Spinozas. Dritte, stark verbesserte Auflage. Preis broschiert 1,50 Mk., gebunden 2 Mk.

Die ununterbrochene Nachfrage nach diesem Buch hat den Verfasser zu einer gründlichen Durchsicht des Textes veranlaßt. Dabei ist eine Reihe von Verbesserungen und Erweiterungen angebracht worden, wodurch das Buch, das ein geschlossenes, philosophisches System auf der Grundlage des Spinozismus und zugleich eine Erläuterung des letzteren darstellt, allgemein verständlicher und leicht lesbar geworden ist.

Briefkasten.

An die Zahlstellenverwaltungen in Rheinland und Westfalen. Zum Zwecke statistischer Aufnahmen werden von Herrn A. Meurer in Münster i. Westf., Dortmunderstraße 7, dieser Tage an die Zahlstellenverwaltungen in Rheinland und Westfalen Fragebogen versandt. Wir richten an die in Betracht kommenden Kollegen das Ersuchen, dieses Unternehmen nach Möglichkeit zu unterstützen und insbesondere die Fragebogen sorgfältig auszufüllen und sie umgehend an die genannte Adresse zurückzusenden.

Anzeigen.

Darmstadt. Der Arbeitsnachweis der hiesigen Zahlstelle befindet sich bei Kollege Ettling, Liebfrauenstraße 37. Geöffnet morgens von 9—12 Uhr und nachmittags von 3—7 Uhr. Umschauen verboten.

Lübeck. Der Arbeitsnachweis der hiesigen Zahlstelle für Tischler, Drechsler, Maschinenarbeiter, Stellmacher, Bürstenmacher und Korbmacher befindet sich Lederstraße 3. Die Kollegen werden ersucht, diesen Arbeitsnachweis zu benutzen. Umschauen ist streng verboten. Die Reiseunterstützung wird nur im Nachweisbureau ausbezahlt.

Wiesbaden. Der Arbeitsnachweis für Tischler, Maschinenarbeiter, Drechsler und **Wagner befindet** sich bei Kollege Ettner, Schwalbacherstraße 7 l. Stb. I. Umschauen ist strengstens verboten. Die Reiseunterstützung wird im Gewerkschaftshaus, Wellritzstr. 41, ausbezahlt. An Wochentagen abends 7—8 Uhr, an Sonntagen mittags von 12—1 Uhr.

Zeulenroda. Arbeitsnachweis und Reiseunterstützung bei Koll. H. Huster, Untere Speichergasse 351, Ecke Hohestraße. Geöffnet 1—3 Uhr. Umschauen streng verboten. Verkehrslokal: Gewerkschaftshaus, Grünstr.

Georg Klaproth, Bürstenmacher, geb. 28. 6. 1879 zu Osnabrück, wird ersucht, seine Adresse an die **Lokalverwaltung in Emmerich a. Rh.** zu senden. Kollegen, die seinen Aufenthalt kennen, werden ebenfalls um Einsendung der Adresse gebeten.

Otto Lissack, Tischler, Buchn. 53498, wird ersucht, wegen Erkrankung seiner Kinder nach Lübeck zurückzukehren. Kollegen, welche den Aufenthalt des L. kennen, werden gebeten, der Zahlstelle Lübeck davon Mitteilung zu machen.

Rud. Feuchtinger, Tischler, sende Deine Adr. an Deinen Kollegen **Josef Heinzmann, Stuttg.-Ostheim,** Rotenbergstr. 108, 2 r.

Karl Hohl, Stockarbeiter aus Lorch, Württbg., wird gebeten, seine Adresse an seinen kranken Vater mitzuteilen.

Lokalbeamter.

Die Zahlstelle **Köln a. Rh.** sucht zum baldigen Antritt einen **zweiten Lokalbeamten.** Derselbe muß **vornehmlich** agitatorische und organisatorische Befähigung besitzen, daher in Rede und Schrift gut bewandert, sowie auch die sonstigen Verwaltungsgeschäfte zu führen in der Lage sein. Anfangsgehalt 2000 Mk. Bewerber wollen eine selbstgeschriebene Offerte mit einer Schilderung über ihre seitherige Tätigkeit in der Gewerkschaftsbewegung, sowie einen Aufsatz über „Die Aufgaben eines Lokalbeamten“ bis zum 15. März ds. Js. an **R. Schmidt, Köln a. Rh.,** Severinstraße 199, mit der Aufschrift „Lokalbeamter“ gelangen lassen. **Die Lokalverwaltung.**

Tüchtige Tischler

auf bessere furnierte Möbel nach Zeichnung sucht für sofort in dauernde Beschäftigung.

Vogtländ. Möbelfabr. u. Kunsttischlerei
Treuen.

Gesucht ein **Vorarbeiter,** der mit sämtlichen Maschinenarbeiten vertraut ist, und **2 Drechsler** auf sofort.

Holzindustrie Fischbeck
Grafschaft Schaumburg.

Drechsler, flotter und selbständiger Arbeiter, verheiratet, 30 Jahre alt **sucht Stellung** zum 1. April oder später in Möbelfabrik oder als Vorarbeiter in größerem Betrieb, auf Bau und Möbel besonders gut eingearbeitet. Offerten mit näheren Angaben unt. **F. M. 120** an die Exped. d. Ztg. erbeten.

Tüchtiger **Grundierer** für Hand- und Maschinenbetrieb für sofort oder später bei hohem Lohn gesucht.

Herm. Oskar Schulte
Werden, Ruhr.

Tüchtigen **Polierer** sowie **Feiler** und **Schleifer** sucht bei hohem Lohn

G. Adolf Richter, Stockfabrik
Magdeburg.

Was braucht der Holzarbeiter?

Der Holzarbeiter ist häufig ein Mann, der in ziemlich ungünstigen Verhältnissen aufgewachsen ist, und sich deshalb in seiner Jugend nicht jene allgemeine Bildung und jenes Wissen aneignen konnte, deren er bedarf, um rascher vorwärts zu kommen und sich ein behagliches Einkommen zu sichern. Aber wer den guten Willen hat und den richtigen Weg weiss, für den ist es nie zu spät, sich mehr Kenntnisse anzueignen und dadurch seine Lebenslage zu bessern. Freilich wird dem Erwachsenen das Lernen sauer, weil er aus der Uebung gekommen ist, weil seine Beobachtungsgabe sich im Kampf ums tägliche Brot abgestumpft hat, weil er überhaupt keine sichere Methode hat, nicht weiss, wie man das Lernen eigentlich anpacken soll um leicht zu lernen und dauernd zu behalten. Die beste Anleitung hiezu bietet ihm Poehlmann's Gedächtnislehre. Wer nach den Grundsätzen dieser Lehre lernt, der kann sich ohne Furcht an jedes Studium, jeden Lernstoff heranwagen; er wird ihn meistern. Sie bildet den Grundstein, auf dem sich jedes geistige Gebäude aufrichten lässt. Ein paar Auszüge aus Zeugnissen: „Durch Ihre Lehre wurde ich ein ganz neuer Mensch; jetzt erst weiss ich, wie man denken und lernen soll. S. A.“ „Ich kann mir keinen Beruf denken, dem diese Lehre nicht nützen sollte. H. H.“ „Einen wesentlichen Vorzug erblicke ich in der überaus klaren Ausdrucksweise, wodurch es auch Leuten mit Elementarschulbildung, die auch ich nur besitze, ermöglicht wird, Ihre Gedächtnislehre in allen Teilen durchzunehmen und so in kurzer Zeit den ausserordentlichen Nutzen daraus ziehen zu können. H. K.“ Verlangen Sie heute noch Prospekt (kostenlos) von

L. Poehlmann, Prannerstrasse 13, **München (P. 191)**

Poehlmann's Gedächtnislehre erhielt auf den internationalen Ausstellungen: **Florenz: Grand Prix** und **Goldene Medaille; Paris: Goldene Medaille; Wien: Ehrendiplom mit goldener Medaille; London: Ehrendiplom mit Kreuz** und **Goldener Medaille.**

Tüchtiger **Gestellarbeiter** auf Rohrmöbel und Peddigrohrmöbel gesucht.

Fr. [illegible], Bad Nauheim.

Gesucht 2 Korbmacher auf Mattarbeit [illegible], Holstein.

Suche für sofort tüchtigen **Korbmachergesellen** auf Reise- und Waschkörbe bei gutem Lohn.

Otto Weinert, Mylau i. Vogtland.

Einen jungen, tüchtigen **Korbmachergesellen** auf Mattarbeit sucht für bald.

L. Wiegmann, Elze, Hannover.

1—2 tüchtige Korbmacher für Rohrkörbe werden für dauernde Beschäftigung und hohem Lohn per sofort gesucht.

Josef Müller, Korbgeschäft
Haßfurt, Unterfranken.

Tüchtige **Korbmacher** auf grün Geschlagen werden sofort gesucht.

M. verw. Schindler, Markranstädt.

Ein tüchtiger **Bürstenmacher** findet dauernde Beschäftigung.

Bernh. Müller, Karlsruhe-Mühlburg.

Zur Laubsägerei * * * *
Kerbschnitzerei, Holzbrandmalerei liefert am billigsten sämtl. Werkzeuge, Vorlagen, Holz usw. **J. Brendel, Maxdorf 95 (Pfalz).** Reichhalt. Katalog gratis u. franko. **Laubsägeholz pro Quadratmtr. von 1 Mark an.**

DETMOLD ◇ GRÖSSTE
TISCHLER-FACHSCHULE
Programm frei. Direktor **Reineking.**
Selbstunterrichtswerke für Tischler versendet Direktor Reineking, Detmold.

Süddeutsche Schreiner-Fachschule
Nürnberg Kirchenweg 14. Erstklassige Lehranstalt. ◇ Dir. Carl Maibaum. ◇

Geschäfts-Verkauf.

Beabsichtige mein in dem aufblühenden Badeort Büsum in bester Lage gelegenes Wohnhaus mit geräumiger Tischlerwerkstelle nebst großem Laden, worin bisher Manufaktur- und Möbelwarenhandlung betrieben habe, unter der Hand zu **verkaufen.** Für 1000 Mk. Tischlerarbeiten können mit übernommen werden. Versicherungssumme bei der Landesbrandkasse 5700 Mk.

Johs. Icke, Tischlermeister
Büsum i. Holstein.

Angebot für Verbandsmitglieder

○ ○ ○

Die Tarifverträge und die deutschen Gewerkschaften.
Von Adolf Braun.

Wir sind in der Lage, diese im Verlag von Dietz Nachf. in Stuttgart erschienene, äußerst wertvolle Broschüre unsern Mitgliedern zu einem billigen Vorzugspreis zu liefern, und zwar broschiert zu 40 Pf., gebunden zu 60 Pf. pro Exemplar. Porto 10 Pf. pro Exemplar extra.

Almanach für das Jahr 1908.

Von dem Almanach ist noch ein kleiner Vorrat vorhanden. Preis 50 Pf., Porto 10 Pf. pro Exemplar.

Wir bitten um baldige Bestellungen.

Der Verbandsvorstand.
Stuttgart, Adler-Straße 43.

Slomkes Städtebuch
Reiseführer durch Deutschland u. angr. Länder mit Eisenbahn- u. Wegekarte, 356 Seiten, geb. Mk. 1,20. In all. Buchhdl. zu haben od. geg. Einf. von Mk. 1,40 bei **G. Slomke, Bielefeld.**

Trauerzug von Karl Kloss, Photographien 13/18 cm à 60 Pf., Postkartenphotograph. 25 Pf., zu haben bei **C. L. Möhle, Stuttgart,** Augustenstrasse 79 a.

Paul Horn
Politur- und Lack-Fabrik
*** Hamburg 23 ***

Nach meinem durch **zwei deutsche Reichspatente** geschützten neuen Polierverfahren werden die Poren des Holzes beim Polieren mit spritlöslichem Polierpulver (Lackstoffpulver) gefüllt.

Dadurch wird erreicht **eine sofortige Porenfüllung**

man **erspart** Material, Zeit, Arbeit

erzielt : : : edlen unverschleierten, glasartigen Hochglanz, klare, durchscheinende Poren, wunderbares Feuer der flammigen Maserung, volle Schönheit des Holzes

vermeidet Oelausschwitzen, Rissigwerden der Politurdecke, weiße Flecke, sowie Einschlagen der Politur.

Beim Polieren wird kein Schellack-Ersatz, kein Kunstharz, sondern reine, unverfälschte Schellack-Politur verwendet.

Es ist patentrechtlich strafbar, ohne meine Einwilligung beim Zupolieren der Poren spritlösliches Porenpulver (Lackstoffpulver) anzuwenden; ganz gleich, unter welchem Namen dasselbe angeboten oder gekauft wird.

[illegible] **zum Versuch** ein Körbchen enthaltend:
1 Flasche [illegible]-Politur-Extrakt zum Grundpolieren
1 „ Neutral-Schellackpolitur-Extrakt zum Mittel- und Feinpolieren
1 „ Patent-Politur zum Reinpolieren
1 „ allerfeinsten Politur-Glanzlack, blond zum Ausziehen von Kehlleisten usw.
1 „ allerfeinsten Kristall-Glanzlack, blond, (Stuhllack, Drechsler-, Bildhauerlack)
1 „ Schleif- und Polieröl, gelblich [nol“
1 Dose Porenfüllpulver, feinste Marke „Hor-
1 „ Porenfüllpulver, gemischte Qualität „Marmor-Mono“
1 „ Bimsstein-Polierpulver, hellnußbraun
1 Tube Inkrustationskitt (Holzkitt), blond, z. Auskitten schadhafter Holzstellen
1 Stück Korkschleifklotz, 120×75×30 mm

zum Ausnahme-Preis von **8 Mk.** franko inkl. Emballage gegen Nachn.

Ich übernehme jede Garantie für die Güte der Ware und für ein gutes Resultat.

Bei Bestellungen genügt die Angabe:
1 Postkollo zum Versuchspolieren à **8 Mk.**

Mein Lehrbuch über das Beizen, Mattieren, Polieren, Lackieren, Schleifen des Holzes enthält in markiger Werkstattsprache fachwissenschaftliche Anleitungen über alle Vollendungsarbeiten der Holzindustrie, **eine künstlerisch ausgeführte 40farbige Beiztafel und Preisverzeichnis über 160 Artikel.**

Empfohlen und glänzend beurteilt von: Prof. Dr. Mellmann-Berlin, Prof. Dr. Ottokar Lenecek-Brünn, Prof. Th. Herm. Walde-Warmbrunn, Prof. Rudolf Hammel-Wien, Direktor Oskar Strobel-München, Louis Edgar Andés-Wien (Techn. Gewerbe-Museum), k. k. Staatsgewerbeschule-Graz, Direktor Jos. Gosmann-München.

Preis M. 1.50. Bei Auftragerteilung wird der Betrag zurückvergütet.

Werkstattplauderei. Fachzeitschrift für die Holzindustrie. Herausgeber: Paul Horn. Interessant, unterhaltend, lehrreich für alle Männer der Werkstatt, behandelt die Konstruktionen, Werkzeuge, das Material und alle Arbeitsgebiete der Holzindustrie in volkstümlicher Form. Abonnement: Jährlich 12 Nummern 3 Mk.

Verlag von Theodor Leipart in Stuttgart.
Druck von Paul Singer in Stuttgart.